

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 152 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 9/2007 VOM 14. SEPTEMBER 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Stadtwerke-Abzockerei**
unterbinden
Interessengemeinschaft Mieter

4/5 | **Bürgerhaushalt**
in Eberswalde
Mehr Fragen als Antworten

7 | **Maschine Mensch**
Gebrauchsanleitung für Arbeitgeber

Drei Jahre Eberswalder Montagsdemo

Am 23. August 2004 fand die erste Eberswalder Montagsdemo statt. Anlässlich des dritten Jahrestages trafen sich die Organisatoren und berieten über die aktuelle Situation der von Hartz IV und Sozialabbau Betroffenen. Dazu stellten sie fest:

1. Die so genannten Arbeitsmarktreformen haben ihr erklärtes Ziel nicht erreicht. Neue Arbeitsplätze, von denen man leben kann, sind nicht entstanden. Die laut Statistik gesunkenen Arbeitslosenzahlen sind das Ergebnis statistischer Manipulationen.
2. Die Verkürzung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld I und die Festlegung des Arbeitslosengeldes II unter Sozialhilfeniveau auf überholter Preisbasis sowie die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bestätigen die Feststellung, daß die Arbeitsmarktreformen die Verordnung von Armut per Gesetz sind.
3. Neben den unmittelbar betroffenen Arbeitslosen werden durch die Hartz - Reformen auch die Familienangehörigen in die Armut geschickt. Besonders verwerflich ist, daß gerade auch die Kinder der Betroffenen in Armut geraten und schon ausgegrenzt werden.
4. Eberswalder Montagsdemo bleibt bei der Forderung, daß die Hartz – Reformen zurück genommen werden müssen. Gefordert wird ein echtes Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm, durch das Arbeitsplätze entstehen, von denen die Familien leben können.
5. Solange Hartz IV noch besteht, ist der Regelsatz auf mindestens 420 Euro zu erhöhen. Er ist entsprechend der allgemeinen Preisentwicklung dem jeweiligen Preisniveau anzupassen.

6. Die Eberswalder Montagsdemonstranten nahmen mit Unverständnis zur Kenntnis, daß der Landkreis das Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr nach acht Jahren gestoppt hat. Er hat damit seinen möglichen Beitrag zur Verbesserung der Lage der Hartz IV-Betroffenen und Sozialhilfeempfänger aus finanziellen Gründen aufgekündigt. Zeitgleich wurden 30,7 Mio Euro für den Bau eines neuen Kreishauses eingesetzt und diese Summe noch um 1,1 Mio Euro überzogen.

7. Die Eberswalder Montagsdemonstranten begrüßen den Beschluß des Landkreises Lübben vom Mai dieses Jahres zur Einführung eines Sozialtickets. Sie unterstützen ferner die Initiativen zur Einrichtung eines landesweiten Sozialtickets.

8. Die Eberswalder Montagsdemonstranten kritisieren, daß es sowohl die Stadt Eberswalde als auch der Landkreis Barnim abgelehnt haben, einen Betroffenenbeirat für Hartz IV-Betroffene einzurichten.

9. Es wirft ein bezeichnendes Bild auf die großen Parteien CDU und SPD, daß sie ihre Finanzierungsprobleme infolge des Mitgliederschwundes auf den Bundeshaushalt abwälzen und erhöhte Parteienzuschüsse beschließen wollen. Bei dieser Art Selbstbedienungsmentalität bleibt kein Platz für soziales Denken und Handeln.

Die Eberswalder Montagsdemonstranten werden den Kampf gegen den Sozialabbau und für mehr Gerechtigkeit fortführen. Nach hundert Montagsdemonstrationen gilt es, andere Kampfformen zu entwickeln. An ein Ende der Aktionen ist jedoch nicht zu denken.

Eberswalder Montagsdemo

Weltfriedenstag am 1. September in Eberswalde:

»Frieden in Afghanistan. Bundeswehr raus.«

Diese Losung steht über der Friedensdemonstration, die am 15. September in Berlin stattfindet. Das Bündnis für den Frieden Eberswalde nahm den Weltfriedenstag 1. September 2007 zum Anlaß mit einem Info-Stand auf dem Eberswalder Marktplatz für die Teilnahme an der Berlin-Demo zu werben. Dabei stand das Gespräch mit den Bürgern über das Thema Auslandseinsätze im Mittelpunkt. Viele Besuchern des auf dem Markt gleichzeitig stattfindenden Stadtfestes begrüßten die Aktion des Bündnisses und teilten die Meinung, daß die Bundeswehr zurückgeholt werden muß.



Deutschland wird immer stärker in Bushs Afghanistanabenteuer verstrickt. Noch mehr Soldaten sollen für dessen Weltherrschaftspläne bluten, noch mehr Ausrüstung soll die Bundeswehr einsetzen. Und die gehorsamen Ja-Sager im Bundestag wollen immer noch mitmachen. Nicht für unsere Sicherheit steht die Bundeswehr am Hindukusch, sondern für die Interessen der Rüstungslobby.

Die Friedensbewegung sagt NEIN!

Keine Verlängerung der Afghanistan-Mandate! Nach Umfragen sind etwa 60 der Bevölkerung der gleichen Meinung. Aber der Bundestag wird das nur zur Kenntnis nehmen, wenn die Forderung dieser Mehrheit auch öffentlich mit Nachdruck vertreten wird. Kommen Sie mit uns zur zentralen Kundgebung in Berlin am Samstag, 15. September, 12 Uhr am Roten Rathaus unter dem Motto

FRIEDEN FÜR AFGHANISTAN – BUNDESWEHR RAUS

Das Bündnis für den Frieden Eberswalde trifft sich zur gemeinsamen Fahrt am 15. September um 10.40 Uhr am Bahnhofsvorplatz. Abfahrt mit dem Zug um 10.58 Uhr. Wir organisieren Gruppenfahrten. Rückkehr voraussichtlich 17 Uhr (Ankunft in Eberswalde).

*Bündnis für den Frieden Eberswalde,
Mitglied bei attac*

Mehlige Kartoffeln

Die Getreideernte ist abgeschlossen. Jetzt kommen die besseren Früchte, mehliges Kartoffeln, süßer Wein und Steinpilze. Darauf können wir uns verlassen. Auf dem Pavillonplatz steht nun das neue Landratsamt. Ein grauer Zweckbau, günstig errichtet und mit neosurrealen Sexualträumen aufgehübscht. Man erkennt und lobt, das Landratsamt hat sich angestrengt. Mehr war nicht drin, wie der Kreistag immer wieder versichert. Bedenkt man das Getöse um den Bau, muß man sich fragen, was kommt danach und wie lange wird das nächste Projekt dauern?

Bisher gelang es dem Landratsamt durch behäbige Zurückhaltung, immer wieder als Schlichter aufzutreten und sich aus allem wirklichen Streit herauszuhalten. Streithammel und Sündenböcke liefen ja genug herum. So fielen die fehlenden Konzepte in der Vergangenheit niemandem auf. Aber die Kommunisten und die Stasimitarbeiter werden langsam knapp. Die überzähligen Sachsen sind abgewandert und für strebsame Wessis bleibt der Landstrich zu karg. Selbst die Linken verinnerlichten den Kapitalismus und die Abwasserbewegung, die jahrelang die Zeitungsspalten füllte, hat sich mit dem Zweckverband gütlich geeinigt. Die wenigen Querulanten im Kreistag sind vergault und die verbliebenen Abgeordneten gut versorgt. Mit den christlichen Demokraten ist man verbündet und die meisten Schulen hat man abgeschafft. Amtsmissbrauch und Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit ist keine Sünde und wird einfach dem Gericht übergeben. Der Klimawandel und die Terroristen reißen die Leute auch nicht vom Hocker und Motor Eberswalde hat keinen richtigen Sponsor mehr.

Und so fragen die Leute wie selbstverständlich das Landratsamt nach seinem Plan für die Zukunft. Sie glauben sich an der richtigen Stelle, denn das Landratsamt hat ja immer recht und ist für alles zuständig. Aber die Probleme fangen beim Landrat an. Er ist der Chef und kann nach 17 erfolgreichen Dienstjahren nicht so einfach aufhören. Schon wegen der vielen ungelösten Aufgaben und den Altlasten. Für einen Aufstieg zum Minister fehlen ihm die Protektionen. Geeignete Posten bei der Kreissparkasse und dem Kreiskrankenhaus sind schon besetzt. Für die Rente ist noch zu jung. Und wer soll denn diesen klugen Mann ersetzen?

Dazu braucht es einen Plan und tatkräftige Menschen. Im Eberswalder Wahlkampf konnte man sich von der Qualität einiger Kandidaten und den Programmen der Parteien überzeugen. Wem das nicht reicht, dem sei ein Besuch der Kreistagsitzungen empfohlen. Bis die einen Plan haben halten wir uns an mehliges Kartoffeln, süßen Wein und Steinpilze. Denn so viel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Courage gegen Rechtstextremismus gefragt

Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) unterstützt den Wettbewerb »Zivilcourage vereint«

Erneut ist Zivilcourage gegen Rechtstextremismus gefragt – zum dritten Mal ruft die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) junge Leute in ihrem Wahlkreis dazu sich, sich an dem Wettbewerb »Zivilcourage vereint« zu beteiligen. Die Aktion, die 2005 ihre erste Auflage erlebte, wird von einer Reihe weiterer Bundestagsabgeordneter der LINKE unterstützt.

Mit dem Wettbewerb sollen junge Menschen ermutigt werden, sich mit kritischen und kreativen Beiträgen – seien diese eher künstlerischer oder eher handwerklich-technischer Art – mit den Problemen von Rechtstextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinanderzusetzen.

»In den Anstrengungen dazu dürfen wir nicht nachlassen, wie neue Debatten um rechtsextreme Ausschreitungen auch in Ostdeutschland zeigen. Dabei kommt es zweifellos darauf an, daß Bund, Länder und Kommunen Initiativen und Organisa-

tionen, die sich gegen Rechtstextremismus engagieren, besser fördern«, erklärt Enkelmann.

Für sie kommt es aber auch darauf an, im Kampf gegen rassistisches und faschistisches Gedankengut mit neuen, kreativen Ideen gerade junge Menschen zu erreichen. Im Rahmen des Wettbewerbs hatte zum Beispiel die Schülerin Claudia Fortunato aus Seelow ein selbst geschriebenes Theaterstück auf die Bühne gebracht und eine Studienreise nach Spanien gewonnen.

Bei der aktuellen Auflage des Wettbewerbs winken als Preise eine einwöchige Studienreise nach Griechenland im Frühjahr 2008 sowie Sachgewinne. Weitere Informationen zum Wettbewerb gibt es im Bernauer Wahlkreisbüro, Berliner Str. 17, Tel.: 03338-459543, per Email unter wkb-d.enkemann@t-online.de oder im Internet unter www.zivilcourage-ver-eint.de.

BÄRBEL MIERAU

CDU beim Klimaschutz nicht auf der Höhe der Zeit

Schön, daß dank der Kanzlerin auch die Barmer CDU mitbekommen hat, daß Klimaschutz weltweit und vor Ort ein wichtiges Thema ist. Die von der CDU dem Kreistag vorgeschlagenen Maßnahmen zum Einsatz regenerativer Energien und dem Energiesparen bei kreislichen Immobilien sind allerdings bei kompetenten Planern und verantwortungsbewußten Immobilienbesitzern seit Jahren selbstverständlich oder – wie bei der Dämmung von Dach und Fassade – längst gesetzliche Pflicht. Davon zeugen unter anderem die Solar- und Modernisierungsprojekte der Eberswalder Wohnungsgesellschaften oder das Energiekonzept des Kreishauses selbst. Die Förderung regenerativer Energien war bekanntermaßen in

den letzten Jahren auch eines der zehn prioritären Projekte des Landkreises. Verwunderlich, daß die CDU-Fraktion jetzt die Solarenergie entdeckt. Noch vor wenigen Monaten unterstützte sie einen Antrag zur Streichung der ursprünglich auf dem neuen Kreishauses geplanten Solaranlage. »Finger weg von Photovoltaik« nannte Fraktionsmitglied Rudolf Bruch im November 2006 eine »gute Entscheidung«.

Wir gehen davon aus, daß gesetzliche Vorschriften und wirtschaftlich sinnvolle Energiesparmaßnahmen bei Baumaßnahmen des Kreises sowieso umgesetzt werden. Wenn der Antrag etwas bringen soll, muß er weiter gehen.

Prof. JOHANNES CREUTZIGER,
Fraktionsvorsitzender Grüne/Freie Wähler

»Kinderpatenschaft« in Werneuchen

Werneuchen (bbp). Die Mitglieder der StVV Werneuchen bestätigten Anfang September mehrheitlich einen Vorschlag der CDU-Fraktion zur Einführung einer Kinderpatenschaft. DieLinke-PDS-Fraktion und ein SPD-Stadtverordneter stimmten gegen die Vorlage. Bürgermeister Burkhard Horn (Die Linke) hatte an der Sitzung nicht teilgenommen.

Im Beschlußtext heißt es: »Die Stadtverordnetenversammlung Werneuchen beschließt die Einführung einer 'KinderPatenschaft' in Form des Patenschaftsgeldes in der Stadt Werneuchen anlässlich der Geburt und der Einschulung eines Kindes ab dem 01.01.2008.«

Anspruchsberechtigt sind Erziehungsrechtigte mit Hauptwohnsitz im Stadtgebiet Werneuchen. Das Patenschaftsgeld beträgt bei Geburt eines Kindes 100 Euro und bei der Einschulung des Kindes 50 Euro. Innerhalb von

drei Monaten soll die Verwaltung dem Ausschuß für Jugend, Bildung, Senioren und Kultur einen unbürokratischen Vorschlag zur Auszahlung der Zuwendung an die Erziehungsrechtigten zur abschließenden Beratung vorzuschlagen.

»Kinder spielen in unserem Leben und für die Entwicklung des Gemeinwesens eine entscheidende Rolle«, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende Mathias Wiegand. »Familien mit Kindern bilden die Grundlage für das Funktionieren unserer Gemeinschaft. Sie sind Ausdruck eines gesunden und aktiven Gemeindelebens.« Mit der Einführung des Patenschaftsgeldes verdeutliche und stärke die Stadt Werneuchen ihre Verbundenheit mit den Familien und insbesondere zu den Kindern. Die jährlichen Ausgaben für das Patenschaftsgeld werden auf ca. 9,5 T Euro geschätzt.

Interessengemeinschaft Mieter:

Stadtwerke-Abzockerei unterbinden

Nachdem vor einiger Zeit in den Medien die Mär verbreitet wurde, daß Eberswalde die niedrigsten Mieten in ganz Deutschland hätte, läßt der Dienstleister TECHEM nach seiner neuesten Studie (Artikel dazu in der MOZ vom 31.08.07) eine neue Ente über Eberswalde aufsteigen.

Da wird behauptet, Eberswalde hätte im Winter 2005/2006 den niedrigsten Erdgasverbrauch von zwölf Städten in Ostdeutschland gehabt. Das ist ja erst mal positiv einzuschätzen. Schont das doch die fossilen Reserven des Brennstoffs Erdgas, sorgt für einen geringeren CO₂-Ausstoß und ist auch ein Zeichen für eine gute Wärmedämmung der Plattenbauten. Nur daß die mit Fernwärme beheizt werden – dazu aber nachher mehr.

Für Eberswalde wird ein Verbrauch von 111,55 KWh/m² Wohnfläche angegeben, für eine 70 m² große Wohnung müsse man 485 Euro im Jahr zahlen. Die Berliner müßten für einen Verbrauch von 169,53 KWh/m² und eine gleich große Wohnung 685 Euro also 200 Euro mehr als die Eberswalder bezahlen. Soviel zu den Angaben im genannten Zeitungsartikel. Wenn man mit den angegebenen Werten weiterrechnet, kommt man allerdings zu einem weniger erfreulichen Ergebnis.

In Eberswalde kostet die MWh Erdgasenergie 62,11 Euro, in Berlin »nur« 57,72 Euro. Immerhin 4,39 Euro pro MWh oder 7,6% weniger. Müßten die Berliner den Eberswalder Erdgaspreis bezahlen, wäre ihr Mehrpreis sogar 252 Euro. Anders herum betrachtet, brauchten die Eberswalder nur den Berliner Erdgaspreis bezahlen, würde der Gesamtpreis nur 450,70 Euro betragen. Dieses Ergebnis hatte TECHEM wohl nicht erwartet – oder nicht verbreiten wollen.

Den genannten Erdgaspreisen sollen nun die in Eberswalde geltenden Fernwärmepreise gegenüber gestellt werden. Diese betragen im



Jahr 2005 laut verschiedener Betriebskostenabrechnungen zwischen 74 und 78 Euro pro MWh. Wer seine BKA für 2006 schon hat, muß feststellen, daß der Fernwärmepreis nochmals um ca. 15% auf 86 bis 90 Euro/MWh gestiegen ist. Wie sich der Fernwärmepreis angesichts der Tatsache, daß die Kreisverwaltung mit ihren miserabel gedämmten Energieschleudern in der Heegermühler Straße vom Fernwärmenetz gegangen ist und Herr Schäfer von den TWE für das Baff angesichts ständig steigender Preise eine eigene Energieversorgung bauen will, kann man nur dunkel erahnen. Die Ahnung wird aber leider schon durch einen

Brief an die Mieter des betreuten Wohnens vom DRK in der Potsdamer Straße bestärkt. Denen wurde mit Schreiben vom 27.06.07 mitgeteilt, daß der Fernwärmepreis ab 01.08.2007 93,57 Euro/MWh plus Mwst beträgt, das sind immerhin 111,35 Euro brutto.

Die Vermieter und die Kommunalpolitiker sind dringend aufgefordert endlich etwas gegen die ständige Abzockerei durch die Stadtwerke zu tun, wird doch den Eberswaldern dadurch beträchtlich Kaufkraft entzogen, wodurch auch die gesamte Infrastruktur der Stadt leidet.

Ein erster Schritt könnte die sofortige Untersagung des Namens Stadtwerke sein, denn diese sind ja nur noch der direkte Draht ihrer Mütter E.on-Edis und EWE zu den »Kunden« und tragen den Namen damit zu Unrecht. Ein weiterer Schritt wäre eine gemeinsame Sammelklage der Vermieter gegen die Stadtwerke, um die zuviel gezahlten Beträge für ihre Mieter zurückzufordern. Ob sie das jedoch tun ist fraglich, eigentlich wären sie dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, § 556 BGB, entsprechend, dazu sogar verpflichtet.

Die Vermieter könnten aber auch genauso wie Herr Schäfer darüber nachdenken eigene Wärmeversorgungen zu bauen, da die Fernwärmesatzung auf Initiative der Allianz Freier Wähler von der StVV aufgehoben wurde und damit die Möglichkeit dazu besteht.

Sollten all diese Hinweise ungehört verhallen, bleibt nur der Rat an alle Mieter sich schön warm anzuziehen und die Bitte an Petrus, »Mache die Wintermonate nicht so kalt«.

BERND POMRAENKE

Kommunalpolitik und Bürgerinteressen

Zu einer guten Pflege des Verhältnisses von Kommunalpolitik zu den Bürgern der Stadt Eberswalde gehört zweifellos das Abwenden von ungerechtfertigten oder überzogenen Wassergebühren. Die Allianz freier Wähler (AfW) in Verbindung mit der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim e.V. (BKB) hat sich stets konsequent dafür eingesetzt.

Wie aus der Presse ersichtlich, konnte für diejenigen Eberswalder Bürger, welche gegen zu hohe Wassergebühren geklagt hatten, mit dem ZWA Eberswalde ein Vergleich in Angriff genommen werden, der für die jeweiligen beklagten Gebühren der Jahre 2000 bis 2006 eine 14prozentige Gebührenabsenkung (Trinkwasser, Schmutzwasser, Grundgebühren) vorsieht. Außerdem übernimmt der ZWA Eberswalde die Hälfte der beim Gericht verbleibenden Gerichtskostenanteile. Sollte dieser Vergleich alle rechtlichen Hürden nehmen, wäre das eine

Entlastung der Haushalte der durch den Vergleich betroffenen Bürger, die dann eine entsprechende Rückzahlung erwarten könnten.

Der Vergleich bedeutet auch eine Entkrampfung des Verhältnisses von BKB/AfW zum ZWA Eberswalde.

Allerdings betrifft dieser Erfolg nur die klagenmutigen Bürger und besagt noch nichts über den noch immer bestehenden enormen Gebührenunterschied zu den wesentlich niedrigeren Gebühren in den westlichen Bundesländern. Es kann kein Zweifel bestehen, daß nach rd. 16 Jahren der Einheit Deutschlands auch die Absenkung der Wassergebühren auf Westniveau zur Angleichung der Lebensverhältnisse für alle Eberswalder Bürger gehört. An dieser politischen Aufgabe werden AfW und BKB weiter arbeiten.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
AfW-Fraktionsvorsitzender

Sakrale Denkmale

Eberswalde (hpg/bbp). Am Sonntag, den 9. September, war Tag des offenen Denkmals. In diesem Jahr stand er unter dem Motto »Orte der Einkehr und des Gebetes – Sakrale Gotteshäuser« statt. In Eberswalde fiel so die Blickrichtung auf die Maria-Magdalenen-Kirche. Bereits am Vorabend des Denkmaltages tauchte die Maria-Magdalenen-Kirche in gekonnte geistliche und weltliche Chorklänge. Das Calmus-Ensemble aus Leipzig sorgte für hochklassigen Kunstgenuß. Am Denkmaltag führte nach dem vormittäglichen Abendmahlsgottesdienst die Pfarrerin i.R. Christa Tetzlaff interessierte Besucher durch die Kirche. Auch der Turm war an diesem Tag zur Besteigung geöffnet und lud Neugierige zu einem Blick von oben auf die Stadt ein. Die parallel laufenden Fotoausstellungen »Lebensraum Wasser« und »Sprechenden Hände« sind Dienstag bis Sonntag abend von 10 bis 16 Uhr kostenlos zugänglich.

Infoveranstaltung

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Stadtverordneten hatten im Juni, einen Vorschlag des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde aufgreifend, beschlossen, künftig mit einem Bürgerhaushalt zu arbeiten. Der Vorschlag beinhaltete auch die Durchführung von Bürgerversammlungen in allen Ortsteilen zur Beratung der ortsteilspezifischen Investitionsmaßnahmen. Sowohl die gesonderte Darstellung des Investitionsplanes nach Ortsteilen wie auch die Bürgerversammlungen in allen Ortsteilen hielt die Stadt für nicht machbar. Aber eine Auftaktveranstaltung für die Stadt insgesamt sollte es geben. Diese fand am 21. August (wohl nicht ganz zufällig) in Finow mit knapp vierzig Teilnehmern statt.

Die Veranstaltung war Bürgermeister Boginski wichtig genug, selbst an der Versammlung teilzunehmen. Er stellte den Zusammenhang her zwischen seinem im Wahlkampf erklärten Ziel von mehr Transparenz und dem Bürgerhaushalt, der sich in die Transparenzbemühungen einordne. In der Infoveranstaltung ging es nicht um den Investitionsplan 2008, sondern um die Grundsätze der Arbeit mit dem Bürgerhaushalt. Boginski wies darauf hin, daß Gestaltungsmöglichkeiten durch die begrenzten finanziellen Mittel begrenzt seien. Dennoch sei ihm an einer hohen Beteiligung an der Haushaltsdebatte gelegen.

Kämmerin Renate Geissler erläuterte die Rahmenbedingungen für die Bürgerhaushaltsdebatte. Die Festlegung des StVV-Beschlusses, wonach Bürgervorschläge nur Berücksichtigung finden, sofern Finanzierungsquellen benannt werden, wird wohl moderat behandelt. Die Kämmerin werde die Folgekosten ermitteln und Empfehlungen an den Finanzausschuß und andere Ausschüsse geben. Auch der enge Zeitraum für die Einreichung der Vorschläge der Bürger innerhalb von 14 Tagen wurde relativiert. Die Bürger, so der Bürgermeister, könnten auch noch in den Ausschusssitzungen Vorschläge unterbreiten. Der Finanzausschußvorsitzende Blumenkamp bezeichnete seinen Ausschuß als sehr offen für Bürgermeinungen.

Es gab nur wenige Bürgeräußerungen zum Prozedere der Bürgerhaushaltsdiskussion, dafür aber mehrere Ansätze, sich zum Investitionsplan 2008 zu äußern. Dies sei nicht Gegenstand der Versammlung, meinte der Bürgermeister. Nach kaum einer Stunde ging die Versammlung zu Ende.

Bürgerhaushalt im Internet

Berlin (ag kommunalpolitik). Die Arbeitsgemeinschaft »Bürgerhaushalt schlüsselfertig« bietet allen Kommunen verschiedene Leistungspakete für die Gestaltung eines eigenen Bürgerhaushalts an. Dabei kann von den Erfahrungen der AG mit einem der gelungensten Projekte, dem Bürgerhaushalt Lichtenberg, profitiert werden.

<http://www.buergerhaushalt-schlusselfertig.de>

Bürgerversammlung zum Bürgerhaushalt in Finow:

Finow als Ortsteil entwickeln

Finow (bbp). Die erste Bürgerversammlung zum Thema Bürgerhaushalt in Eberswalde fand auf Einladung des Finower Ortsbürgermeisters Albrecht Triller am 16. August in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Finow statt. Obwohl der Investitionsplan der Stadt für 2008 noch nicht vorlag, sollte wegen des engen Zeitrahmens schon früh mit der Haushaltsdiskussion begonnen werden, so das Anliegen. Die Einladung enthielt deshalb eine Aufstellung der Investitionsmaßnahmen im Ortsteil Finow für 2007 und die Folgejahre.

Neben 20 Finower Bürgern war auch Baudezernent Dr. Prüger und der Leiter des Steuerungsdienstes Bellay Gatzlaff erschienen. Zunächst trug Ortsbürgermeister Albrecht Triller das Anliegen der Arbeit mit einem Bürgerhaushalt vor. Er spannte den Bogen vom ersten Beteiligungshaushalt der brasilianischen Großstadt Porto Alegre (vgl. BBP 8/2007), über die Bürgerhaushalte verschiedener Berliner Stadtbezirke bis zum Beschluß der Eberswalder StVV im Juni 2007. Ziel des Eberswalder Bürgerhaushaltes müsse es sein, »das bürgerschaftliche Engagement der Eberswalder Bürger zu verstärken und ihren Einfluß auf den wichtigsten kommunalen Entscheidungsprozeß – den städtischen Haushalt – zu erhöhen«. Anregungen und Vorschläge der Bürger sollten unmittelbar in die Haushaltsdebatte einfließen. Der Stadthaushalt müsse für die Bürger transparenter werden. »Insbesondere sollen die Bürger erkennen und darauf Einfluß nehmen können, was in ihrer Stadt bzw. im eigenen Ortsteil passiert.«

Albrecht Triller erinnerte daran, daß der Beschluß zum Bürgerhaushalt auf einen Brief des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde an die Stadtverordnetenversammlung mit der entsprechenden Anregung zurückgeht. Die allgemeine Politikverdrossenheit und das daraus resultierende Desinteresse der Bürger stelle eine Gefahr für die Demokratie dar. Mit der Neuwahl des Bürgermeisters sei die Chance für einen Neuanfang gegeben, wozu der Bürgerhaushalt beitragen könne.

Der StVV-Beschluß zum Bürgerhaushalt sei ein »richtiger Schritt in die richtige Richtung«. Der Investitionsplan bilde zwar nur einen kleinen Teil des Gesamthaushalts der Stadt, sei aber gerade für den Beginn des Bürgerhaushalts gut geeignet. »Der Investplan ist zugleich ein wesentlicher Teil der Zukunft der Stadt, über den sehr viele Bürger angesprochen werden.«

Die Bürger haben nicht nur bei »freiwilligen Aufgaben« ein Mitspracherecht. Auch bei den »Pflichtaufgaben« gelte es Prioritäten zu setzen und Entscheidungsspielräume auszuloten. Selbst Verpflichtungsermächtigungen seien keine unveränderlichen Größen und somit keine Hindernisse für die Bürgerbeteiligung. »Es ist auch unzutreffend«, so Triller, »daß mit der Diskussion über den Investplan 2008 erst nach

Vorlage des ersten Haushaltsentwurfs diskutiert werden kann«. Die im Investplan 2007 bereits enthaltenen Vorplanungen für 2008 bis 2010 böten einen guten Ausgangspunkt für die Bürgerhaushaltsdebatte. Deshalb steche auch das Argument nicht, daß keine Bürgerversammlungen durchgeführt werden können, weil der Zeitrahmen zu eng wäre. Völlig unverständlich sei die Formulierung im StVV-Beschluß zum Bürgerhaushalt, wonach die Bürger Deckungsquellen für ihre Vorschläge nachweisen müßten. »Diese Erwartung ist völlig unrealistisch. Es darf keine 'gesetzten' Investitionen geben. Bürger müssen alternative Vorschläge machen können.« Richtig wäre die Vorgabe von Auswahlmöglichkeiten, die Vorbereitungsstand, Verpflichtungsermächtigungen u.ä. berücksichtigen.

Bürgerhaushalt und parlamentarischer Demokratie widersprechen sich nicht, meint der Finower Ortsbürgermeister. »Es wird demokratischer, wenn Bürger an Ausarbeitung und Umsetzung von Kommunalpolitik mitwirken. Entscheidungen werden für die Stadtverordneten leichter, wenn sie die Bürgermeinung kennen. Die Entscheidung bleibt in jedem Fall bei der StVV, aber das Bürgerengagement wird sich verstärken.«

Erwartungsgemäß gab es eine lebhaftere Diskussion um konkrete Probleme der Stadtentwicklung und der erforderlichen Investitionen im Ortsteil Finow. Wie in allen Einwohnerversammlungen spielten wieder die Straßen, Fuß- und Radwege eine zentrale Rolle. Nachdem die Wasserturmstraße mehrfach angesprochen wurde, erklärte Dr. Prüger: »Ich nehme den Wunsch der Finower mit, daß die Wasserturmstraße gemacht werden soll.« (Und tatsächlich wurde die Wasserturmstraße im Investplanentwurf 2008 vom Jahr 2010 auf das Jahr 2008 vorgezogen).

Die Telekomstraße, informierte Dr. Prüger, sei zurückgestellt worden, bis der Verkehrsentwicklungsplan neu erarbeitet und das eingeleitete Raumordnungsverfahren für den Flugplatz entschieden sei. Zudem seien Untersuchungen zu Verkehrsbelastungen auf dieser Straße nötig, um das erforderliche Ausbauniveau zu bestimmen. Mehrere Bürger äußerten die Erwartung, daß der Ortsteil Finow in den kommenden Jahren stärker gefördert wird. Es gelte, den Ortskern von Finow als solchen zu gestalten, das Wohnumfeld freundlicher und behindertengerechter zu gestalten, die »Ruinen« (leere und verwahrloste Objekte) zu beseitigen und die Spielplätze in Ordnung zu bringen. »Ja, Finow soll als Ortsteil stärker entwickelt werden«, erklärte der Baudezernent und nannte Beispiele, die den diesbezüglichen Willen der Stadt zum Ausdruck bringen. »Es ist viel passiert in dieser Stadt, das nicht übersehen werden kann«, so Dr. Prüger. Viele Maßnahmen wären auf den Weg gebracht, könnten aber aus finanziellen Gründen nur in kleinen Schritten realisiert werden.

Mehr Fragen als Antworten

Erste Gedanken zum Entwurf des Investitionsplanes 2008

Nun ist er also da: der erste Entwurf des Investitionsplanes 2008. Jeder Bürger mit Internetzugang kann ihn auf der Webseite der Stadt Eberswalde abrufen. Dort findet man auch Erläuterungen der Kämmerin Frau Geissler aus haushalterischer Sicht. Der Investitionsplan liegt in Form zweier Dateien (Einnahmen und Ausgaben) vor. Die Abgeordneten und Ortsbürgermeister sind im Besitz der Papierform des Investplanes, der auch in der Kämmererei eingesehen werden. Ob das zur Popularisierung reicht, ist fraglich. Aber der Anfang ist gemacht und der politisch interessierte Bürger wird sich Kenntnis zu verschaffen wissen.

Den Begriff »Bürgerhaushalt« kennt die städtische Homepage nicht. Auch wer den Text auf der Seite »Finanzen« liest, wird dort das Wort Bürgerhaushalt nicht finden. Offensichtlich fällt der Umgang mit diesem Thema immer noch schwer. Unter der Überschrift »Öffentliche Diskussion des Investitionshaushaltes...« erfährt der Bürger wichtige Hinweise zum Ver-

ständnis des Investitionshaushaltsentwurfes aus buchhalterischer Sicht. Wünschenswert wäre, daß dem auch eine Erläuterung des Baudozernats folgt, in der Aussagen zur Investitionsstrategie der Stadt und zur Auswahl der geplanten Maßnahmen gemacht werden.

Der Investplanentwurf ist durchaus nicht eine bloße Fortschreibung der Investitionspläne der Vorjahre. Wer etwas damit vertraut ist, erkennt unschwer, daß es eine Reihe neuer Ansätze für die Planung gibt. Die Aufnahme solcher Titel wie Anliegerstraßen in den Ortsteilen Finow, Nordend und Ostende wird von den Bürgern sicher gern zur Kenntnis genommen. Sie dokumentiert, daß die Stadtverwaltung die unbefestigten Straßen verstärkt ausbauen will. Die geplanten Summen sind jedoch relativ gering, zumal auch Maßnahmen aus dem Plan herausgenommen worden sind, wie in Finow die Pappelallee oder die Poststraße.

Da aus finanziellen Gründen insgesamt nicht mehr investiert werden kann, bedeutet das, daß andere Maßnahmen zurücktreten müssen. So steht z.B. die Telekomstraße auf dem Prüfstand und wurde erst einmal nach hinten geschoben. Pauschale Summen für »Erschließungsstraßen in den Ortsteilen...« werfen natürlich sofort die Frage auf, an welche Straßen dabei gedacht ist (wie z.B. in der Position »Umsetzung der Spielplatzkonzeption«, wo die Spielplätze und das Jahr der Umsetzung einzeln benannt sind). Auch mit »Investive Maßnahmen INSEK« werden die Bürger nicht viel anfangen können. Sinn eines Bürgerhaushalts ist es doch, den Bürgern möglichst detaillierte Informationen zu geben. Erst dann werden sie befähigt, sich zu den Maßnahmen eine eigene Meinung zu bilden und eventuell alternative Vorschläge zu unterbreiten.

Die Bürger werden nicht zu verstehen, warum für den Finower Wasserturm für den Zeitraum 2008 bis 2010 keine Mittel eingeplant wurden. Im Haushaltsjahr 2007 sind für die Folgejahre 2008 bis 2010 insgesamt 480 TEuro vorgesehen. Werden keine Mittel bereitgestellt, wird die begonnene Sanierung und das angedachte Nutzungskonzept gefährdet. Ist das der Preis für das Vorziehen der Wasserturmstraße von 2010 auf 2008? Auch für die Sporthalle Finow stellen sich solche Fragen. 206 TE sieht der Plan 2007 für die Folgejahre vor, im Plan 2008 finden sich diese Mittel nicht.

Zum Investitionsplan 2008 wird es im Rahmen der Bürgerhaushaltsdebatte wohl mehr Fragen als Antworten geben, weil die eigentliche Debatte fehlt, sondern nur Vorschläge entgegengenommen werden. Das wird auch in den Ausschußberatungen nicht auszugleichen sein, weil die dazu nutzbare Einwohnerfragestunde auch keine »Debatte«, sondern auch nur eine Fragestunde ist.

ALBRECHT TRILLER

Versteckter Bürgerhaushalt

Eberswalde (bbp). In der ersten Septemberhälfte konnten die Eberswalder Bürger erstmals direkt aktiv auf die Gestaltung des städtischen Haushaltes Einfluß nehmen. Wie von der Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr beschlossen, kann das Investitionsprogramm auf den Internetseiten der Stadt eingesehen werden. Es gab im Vorfeld eine Informationsveranstaltung der Stadtverwaltung und als weiteren Hinweis eine Information im September-Amtsblatt. In den »Anmerkungen« der Kämmerin Renate Geissler auf Seite 4 heißt es fast am Ende des Textes: »Der Entwurf des Investitionsprogramms ist vom 3. September bis 14. September im Internet auf den Seiten der Stadt Eberswalde unter: www.eberswalde.de/Bürgerservice/Stadtverwaltung/Finanzen ... einzusehen.« Folgt man allerdings diesem Deep Link, erscheint nur ein unübersichtlicher HTML-Text auf dem Bildschirm. Um tatsächlich an die PDF-Dateien mit dem Investitionsplan herunterzuladen zu können, muß man sich umständlich von der Startseite über Bürgerservice – Stadtverwaltung – Finanzen durchklicken. Der richtige Deep Link wäre: <http://www.eberswalde.de/Finanzen.619.0.html>. Ein direkter Link von der Startseite des Internetangebotes der Stadt auf den Bürgerhaushalt fehlt leider.

Sind diese Hürden überwunden, erscheint es immer noch fraglich, ob sich Bürger tatsächlich beteiligen können. Das Investitionsprogramm besteht aus 62 Seiten voller Zahlen. Hilfen und Erläuterungen, um sich in dem Tabellenwerk zurechtzufinden, fehlen. Elf Tage, bis zum 14. September, können die Bürgerinnen und Bürger Änderungsvorschläge zum Entwurf des Investitionsprogramms unterbreiten. Wobei diese zugleich auch Finanzierungsvorschläge beinhalten sollen. »Jeder Vorschlag wird diskutiert und bewertet« heißt es auf der Internetseite. Der Finanzausschuß berät dann am 9. Oktober und die StVV am 25. Oktober über die eingegangenen Vorschläge.

Rathaus leistungsorientiert

Eberswalde (bbp). Die städtischen Verwaltungsmitarbeiter sollen künftig leistungsorientiert bezahlt werden. Die Vorbereitungen sind nunmehr soweit, daß die Stadtangestellten am 12. September in einer Personalversammlung über die »Einführung einer leistungsorientierten Bezahlung« informiert wurden.

Ausstellung zur Kinderarbeit

Eberswalde (prest-ew). Im Rathaus (Flurbereich in der 2. Etage) wird am Freitag, 21. September 2007, um 10.30 Uhr eine Ausstellung zum Thema »Ausbeuterische Kinderarbeit« eröffnet. Die in Kooperation mit dem Kinder- und Jugendparlament von UNICEF-Eberswalde organisierte Ausstellung kann bis zum 19. Oktober montags bis donnerstags in der Zeit von 7 bis 18 Uhr und freitags von 7 bis 14 Uhr besichtigt werden.



Am 9. September, dem Tag des offenen Denkmals, fand am Fuße des Finower Wasserturms das **1. Wasserturmfest** statt. Geschäftsleute und Bürger von Finow wollen damit auch ein Finow einen jährlichen Identität stiftenden Höhepunkt des Ortsteiles etablieren. Träger der von Frau Bode initiierten Veranstaltung war der Wasserturmverein. Punkt 10 Uhr eröffneten die Turmbläser eines Bläserquartetts das erste Wasserturmfest. Bis 17 Uhr erfreuten sich die Stände mit durchweg historischem Aspekt eines regen Zuspruchs. Im Vordergrund standen nicht Essen und Trinken, obwohl auch daran gedacht war, sondern die Menschen in Finow. Der gleichzeitig für die Besteigung geöffnete Wasserturm und die parallel laufende Landesmeisterschaft der Fußballsenioren trugen für einen unerwarteten Besucherstrom bei.

Kreislaufwirtschaft statt Müllverbrennung

Ich begrüße den Standpunkt des Eberswalder Großunternehmers Patrick von Hertzberg, der beim Unternehmerforum am 2. August für eine geschlossene Kreislaufwirtschaft warb und deutlich machte, daß die emissionsfreie Wiederverwertung alter Autoteile einer Verbrennung vorzuziehen sei.

Vor diesem Hintergrund entspricht die geplante Eberswalder Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Theo Steil bei weitem nicht den Grundsätzen von Innovation, Energieeffizienz und Umweltverträglichkeit. Denn hier sollen Wertstoffe vernichtet werden, die aus Erdölprodukten hergestellt wurden. Diese könnten aber durch neue und bessere Verfahren sinnvoller genutzt werden. Ziel sollte die stoffliche und nicht die energetische Verwertung sein, damit primäre Ressourcen geschont werden. Hinzu kommt, daß bei einer solchen Verbrennung erhebliche Mengen an Kohlendioxid die Anlage verlassen würden, welche aus nicht-erneuerbaren Energiequellen stammen. Die Anlage würde somit nicht CO₂-neutral arbeiten. Zudem wird sie bei einem Wirkungsgrad von 30 Prozent eine geringe Energieeffizienz aufweisen. Auch ist eine Kraft-Wärme-Kopplung nicht eingeplant, die Abwärme nutzen könnte.



Mit Plakaten an ihren Häusern protestieren Lichterfelder und Finower Bürger gegen die geplante Sondermüllverbrennung

Die Krönung aber ist, daß Sondermülltransporte quer durch Deutschland finanziell gefördert werden. Daher mein Appell an das Landesumweltamt: Ein subventionierter Mülltourismus nach Eberswalde zur Profitmaximierung eines einzelnen Unternehmens, jedoch gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger und zum Schaden der Region, darf auf dem Genehmigungsweg nicht durchgedrückt werden. Dies wäre ein kontraproduktives Signal für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Wirtschafts- und Umweltpolitik im Land und nicht zuletzt unvereinbar mit dem Leitbild »Eberswalde 2020«.

Dr. ANDREAS STEINER

Ein Stern geht auf

Produktivität und Qualifikation im Netzwerk Metall Eberswalde/Barnim

Im Frühjahr 2007 hat der Lehrstuhl für Unternehmensführung und Produktionswirtschaft der Fachhochschule in Kooperation mit der Wirtschafts- und Tourismus GmbH eine umfassende Wiederholungsbefragung des metallverarbeitenden Sektors in Eberswalde durchgeführt. 24 Unternehmen des Netzwerks Metall wurden interviewt.

Es zeigte sich, daß im Jahr 2006 bereits 38 % der Unternehmen in ihrer Produktivität den Median des westdeutschen Branchendurchschnitts aus dem Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) übertrafen (2005: 20 %). Der Wert für das Eberswalder Sample liegt nunmehr knapp 7 Prozentpunkte über dem ostdeutschen Branchenmittel. Im Jahr 2005 war hier noch ein Rückstand von etwa 13 Prozentpunkten zu verzeichnen. Trotz des enormen Aufholprozesses bleibt ein Rückstand gegenüber der westdeutschen Branche von 11,3 %.

Ein bemerkenswerter Befund ergab sich aus den analysierten Wachstumsraten. So stiegen neben der Produktivität (+21,5 Prozentpunkte) insbesondere die erwirtschafteten Umsätze (+13,7) bei weitgehend unveränderter Beschäftigung (+2,5). Dieses Wachstum ohne nennenswerten Beschäftigungsaufbau beruht im wesentlichen auf folgenden Ursachen: Erhöhung der Auslastung, Intensivierung der Arbeiten bei Normalauslastung, vorübergehende Nutzung zusätzlicher Kapazitäten in Form von Überstunden, Leiharbeit oder Fremdvergabe.

Desweiteren ist es den Eberswalder Unternehmen gelungen, ihr Lohnniveau konsequent an dem erreichten Produktivitätsniveau auszurichten. Deshalb und angesichts der erzielten Leistungssteigerungen sowie steigenden Auftragseingängen bietet sich nach langer Zeit nun die Möglichkeit, wesentliche Rücklagen für erforderliche Investitionen in Technik, Produktentwicklung sowie qualifiziertes Personal zu bilden. Aus Teilen dieser Rücklagen sollten sich künftig unter anderem hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte, so etwa mit leistungsabhängigen Löhnen und Gehältern bzw. variablen Sonderevereinbarungen, finanzieren lassen. Zwar offenbart die derzeitige Altersstruktur im Netzwerk Metall – abgesehen von zwei Ausnahmen – bislang keine spürbaren Beschäftigungslücken, was sich jedoch in den nächsten 3-5 Jahren erheblich ändern dürfte. Dann würde etwa ein Drittel der Belegschaften in den Ruhestand eintreten. Daraus ergibt sich insbesondere ein Bedarf an qualifizierten Facharbeitern für den Fertigungsbereich.

Weiterer Schulungsbedarf besteht bei kaufmännischen Facharbeitern und Führungskräften in der umfassenden Anwendung von Fremdsprachen, was auf die verstärkt exportorientierten Aktivitäten zurückzuführen ist. So exportierten immerhin knapp zwei Drittel der befragten Unternehmen hochwertige Zuliefer-

komponenten bzw. Finalerzeugnisse weltweit und erzielten damit durchschnittlich 42,5 Prozent ihrer Umsätze.

Was die Erstausbildung angeht, so beschäftigen 54,4 Prozent der Unternehmen Auszubildende und erreichen damit eine überdurchschnittliche Ausbildungsquote von 12 Prozent; die entsprechenden Vergleichswerte liegen für Ostdeutschland bei 7 und für Westdeutschland bei 6 Prozent. Als vorbildlich gilt in diesem Zusammenhang die vom Netzwerk Metall initiierte Verbundausbildung, die sich allerdings für kleinere Wirtschaftseinheiten oftmals als hohe Kostenbelastung erweist. Hier ist eine gezielte Unterstützung des institutionellen Umfeldes gefragt (LASA, IHK, HWK oder ZAB). Mit Blick auf den künftigen Personalwechsel in den Belegschaften stellt sich die Frage, inwieweit das in den Betrieben vorhandene Know-how auf systematische sowie kontinuierliche Weise an die folgenden Generationen weitergegeben wird. Zwar nutzen die befragten Unternehmen dazu eine ganze Reihe geeigneter Formen und Medien, wie etwa Tandemlösungen, Datenbanken oder elektronisch archivierte Auftragsunterlagen, allerdings eher sporadisch.

Im Rahmen der Studie wurde auch das regionale Angebot von technischen sowie kaufmännischen Fach- und Führungskräften auf der Grundlage aktueller Daten der Agentur für Arbeit bezogen auf das Jahr 2006 untersucht. Für die vier analysierten Berufsgruppen ist jeweils ein hoher Anteil älterer Arbeitnehmer mit relativ langer Dauer der Arbeitslosigkeit vorhanden. Dabei erwiesen sich aus diesem Reservoir nur etwa 10 Prozent der Arbeitskräfte als sofort einsetzbar.

Bemerkenswertweise gibt es einen hohen Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen für die Facharbeiter-Berufe Metallbearbeiter, Mechaniker und Bürofachkraft. Als wesentliche Gründe dafür gilt neben fehlenden, wenig passgenauen bzw. unzureichend interessierten Bewerbern auch die in der Öffentlichkeit nur begrenzt wahrgenommene Attraktivität der genannten Berufsbilder. Um sich für künftige Aufgaben zu rüsten, werden den untersuchten Unternehmen eine aktive und langfristige Personalplanung sowie das überregionale Rekrutieren von Mitarbeitern empfohlen. Zudem sollte die kontinuierliche Erstausbildung wieder fest implementiert und die zum Teil unrealistisch hohen Anforderungen an qualifiziertes Personal stärker am vorhandenen Marktpotential ausgerichtet werden. Dazu zählen insbesondere auch zu erwägende Möglichkeiten, motivierten älteren Arbeitnehmern sowie Jungfacharbeitern eine Chance einzuräumen.

Prof. Dr. JÖRN MALLOK

Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse der Wiederholungsbefragung zur Produktivität und Qualifikation im Netzwerk Metall Eberswalde/Barnim (gekürzt)

Maschine Mensch

Diese Bedienungsanleitung für Menschen wendet sich an Arbeitgeber und solche die es werden wollen. Sie orientiert sich an der Devise, mit möglichst wenig Aufwand ein Höchstmaß an Leistung aus der Maschine Mensch herauszuholen.

Vielen Dank, daß Sie sich für einen Menschen entschieden haben. Sie haben ein Qualitätsprodukt der Firma Natur erworben, in dem 3,5 Milliarden Jahre Entwicklung stecken.

Bevor Sie ihren Menschen in Betrieb nehmen, lesen Sie bitte die Gebrauchsanweisung gründlich und vollständig durch. Bewahren Sie diese am besten immer in der Nähe Ihres Menschen auf. Sollten trotz unserer strengen Qualitätskontrollen widererwarten Probleme mit Ihrem Menschen auftreten, wenden Sie sich bitte an den Hersteller oder schalten sie ihren Verstand ein.

Wichtiger Hinweis: Die in dieser Gebrauchsanweisung wiedergegebenen Verfahren werden ohne Rücksicht auf die Patentlage mitgeteilt. Ihr Mensch ist ausschließlich für gewerbliche Zwecke zugelassen.

1.) Inbetriebnahme

Als erstes die gute Nachricht: Durch aufwendige Ausleseverfahren ist es uns gelungen, Ihnen eine Maschine anbieten zu können, die zuerst ihre Leistung abgibt und erst im nachhinein eine Energiezufuhr benötigt. Wir bitten Sie das, besonders bei der ersten Inbetriebnahme, zu beachten.

Schalten sie den Menschen mit einem Arbeitsvertrag ein. Anschließend fährt er sein Betriebssystem selbstständig hoch und paßt sich automatisch den Arbeitsbedingungen an.

Wichtig: Vergessen sie nicht, Ihren Menschen bei den zuständigen Behörden zu registrieren!

»Wußten sie, daß wir ihnen kostenlose Updates für ihren Menschen anbieten?«

Für nähere Informationen wenden sie sich bitte an das für ihren Menschen zuständige Arbeitsamt.

2.) Laufender Betrieb

Nachdem der Mensch die Informationen für die von Ihnen vorgesehenen Tätigkeiten geladen, hat ist er uneingeschränkt einsatzbereit. Um jedoch die Leistungsfähigkeit Ihrer Maschine zu erhalten, ist es wichtig, daß Sie in regelmäßigen Abständen deren Arbeit herabwürdigen. Auch ist es empfehlenswert, sie kontinuierlich unter Hochlast zu fahren. Bei dem immer weiter zunehmenden Angebot auf dem Menschenmarkt sind die Preise dermaßen gefallen das es unwirtschaftlich wäre, materialschonend mit ihnen umzugehen.

Haben Sie sich entschlossen, unseren Empfehlungen zu folgen, können Sie das folgende Kapitel überspringen.

3.) Wartung und Pflege

Sollten Sie unvernünftigerweise vorhaben, Ihren Menschen über den Garantiezeitraum

hinaus zu betreiben, beherzigen Sie bitte folgendes Ratschläge:

1. Betreiben Sie Ihren Menschen auf Dauer nicht länger als maximal 8 Stunden pro Tag.
2. Achten Sie auf die Einhaltung der empfohlenen Arbeitspausen, damit die Betriebstemperatur nicht zu stark ansteigt.
3. Unserer Entwicklungsabteilung ist es gelungen, den Menschen ein gewisses Regenerationspotential anzuzüchten. Wenn Sie Ihre Maschine Mensch also möglichst lange ausnutzen wollen, empfehlen wir, sie an zwei Tagen in der Woche nicht zu nutzen und in Ruhe zu lassen. Desweiteren ist es ratsam, ihr ca. 30 Tage im Jahr für einen vollständigen Systemcheck zu gewähren.
4. Denken Sie daran, auch für Ihren Menschen gilt der Energieerhaltungssatz. Verrichtet also eine ihrer Maschinen Arbeit, so benötigt sie dafür Energie. Diese sollten sie ihr nicht vorenthalten, es könnte sonst zum völligen Systemabsturz kommen.

4.) Mögliche Erweiterungen

Wie Sie vielleicht wissen, ist Ihr Mensch mit den verschiedensten Werkzeugen kompatibel. Unter anderem mit dem sogenannten Verstand. Das Zubehör ist nicht im Lieferumfang enthalten und nur gegen Aufpreis erhältlich.

5.) Fehlersuche und Reparatur

Hat eine Ihrer Maschinen eine Fehlfunktion oder versagt sogar völlig den Dienst, ist zuerst eine Neuinstallation der Arbeitsprogramme empfehlenswert. Das setzt keinerlei Erfahrung oder Fingerspitzengefühl voraus.

Sollte die Maschine unerwarteter Weise in den Selbstbestimmungsmodus wechseln, was glücklicherweise nur noch selten geschieht, ist sofort die Energiezufuhr zu unterbrechen.

6.) Weitere nützliche Tips

Durch die ständig steigende Nachfrage nach Leihmenschen haben wir für Sie unseren neuen Verleihservice eingerichtet.

Ihre Vorteile: Sie haben ständig die neuesten Menschen, fertig konfiguriert und systemkonform. Desweiteren übernehmen wir für Sie die Wartung und Pflege sowie Fehlersuche und Reparatur. Auch die bei einem Kauf anfallenden Zusatzkosten übernehmen wir für Sie.

Damit wissen Sie jetzt alles nötige, um Ihren Menschen optimal zu nutzen. Viel Spaß!

Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben wenden sie sich bitte direkt an unsere Menschen, die sind nämlich gar nicht so blöd, wie Sie denken.

Mensch-Martin-Kalender

CV-aktiv e.V. mit eigenem MedienVerlag

Eberswalde/Braunschweig (mo). Seit Dezember 1996 ist der als Christlicher Jugendverein (CJV) gegründete heutige Christliche Verein zur Förderung aktiver Lebensgestaltung – CV-aktiv – mit Sitz in Eberswalde aktiv. Anfänglich waren es frisch ausgebildete Jugendgruppenleiter, die in Ruhlsdorf einen Verein nicht nur für christliche Jugendarbeit gründeten. Einer der Motoren ist der Liedermacher »Mensch Martin«. Martin Oberkinkhaus, so sein bürgerlicher Name, wurde nach der Wende als Versicherungsfachmann, Journalist und Gitarrenausbilder in der Region Eberswalde tätig. »Es gibt genug zu tun«, sagt er, »doch gerade in der Zeitphase nach Einführung von Hartz IV ist ehrenamtliche Arbeit gefährdet. Die Finanzmiseren lähmen die engagierte Arbeit und führen zu falschen Schwerpunkten. Denn die Folge der nach zahlreichen kurzfristigen Protesten von Jugendverbänden wieder eingeführten Finanzierung des 610-Stellen-Programms für hauptamtliche Jugendarbeit sorgte für eine Streichung anderer Förderungsmitel, so daß ehrenamtlich tätige Organisationen ins Hintertreffen gerieten.« Zugleich treffe die Arbeitslosigkeit viele Ehrenamtliche, denen häufig nicht einmal ihre Aufwendungen angemessen erstattet werden, weil die Kasseninhalte der Vereine knapper werden.

»Beim CV-aktiv Eberswalde/Brandenburg e.V. sind die Aktiven weit verstreut und in verschiedenen Projekten engagiert«, sagt Martin Oberkinkhaus, der selbst seit Januar auch in Braunschweig tätig ist. Nach dem Jubiläumswochenende im Februar war eine Zeitlang sogar die Existenz des Vereins bedroht, der mittlerweile als Landesverband organisiert ist. Doch Braunschweig wurde die Lösung für das seit mehreren Jahren vorgesehene Projekt eines eigenen Medienverlages. Denn dort konnte der Vereinsvorsitzende die Zusammenarbeit mit einer Autorin beginnen. Die ersten gemeinsamen Projekte sind zwei am 8. September in Braunschweig erscheinende Kalender, der »Immerwährender Querbuch-Kalender« und der »Mensch-Martin-Kalender«. Beide Titel können in jeder Buchhandlung erworben werden.

Während der Mensch-Martin-Kalender auf zwölf Monatsseiten Impuls-Texte des Eberswalders bringt, ist das für Bettlägerige entstehende Produkt des Immerwährenden Kalenders zweiseitig im Querformat bedruckt und mit einer Spiralbindung am unteren Rand verbunden und verbindet die Monatskalendarien und deren Rückseite mit abgeschlossenen, zum Nachdenken und Schmunzeln anregenden Texten der beiden Autoren zu Menschen, Liedern und Pflanzenschicksalen.

Da beide Autoren mit dem christlichen Glauben verbunden sind, bleiben die Texte nicht ohne deutlichen religiösen Hintergrund. »Da sich jeder Mensch mit Glauben auseinandersetzt«, so Oberkinkhaus, »können die Texte dafür Anregung geben«.

Mehr als 20.000 fordern das Sozialticket!

Anfang September zogen die Initiatorinnen und Initiatoren der Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg erneut Bilanz und leiteten den Endspurt für die Unterschriftensammlungen ein. Bislang erfreulich ist die landesweit große Resonanz der Bürgerinnen und Bürger »Pro Sozialticket«.

Einen großen Anteil am bisherigen ausgezeichneten Ergebnis hat der Landesverband der Partei DIE LINKE, der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg (hierbei vor allem der Initiativ-Bezirk Uckermark/Barnim) und der Landesverband der Volkssolidarität. An dieser Stelle sei jedoch selbstkritisch angemerkt, daß unter Berücksichtigung des Gesamtmitgliederbestandes der DGB-Gewerkschaften in Brandenburg von 165.537 (Stand 31.12.2006) das bisherige gewerkschaftliche Gesamtergebnis, insbesondere bei den zwei größten Einzelgewerkschaften ver.di (62.476) und IG-Metall (34.066), mehr als bescheiden ausfällt.

Mit einem erfolgreichen Ergebnis in der Volksinitiative könnte man stärker außerparlamentarischen Druck auf die Abgeordneten der SPD/CDU-Koalition Brandenburger Landtag mit Blick auf die im Oktober beginnenden Haushaltsberatungen 2008 ausüben. Fünf Millionen Euro müssen aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden, um in den 14 Landkreisen und 4 kreisfreien Städten als Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) die nötigen finanziellen Rahmenbedingungen zur Einführung eines Sozialtickets zu schaffen. Angedacht ist, diese finanziellen Mittel jeweils zur Hälfte aus den Budgets des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie und des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung bereitzustellen.

Dem zuständigen Verkehrsminister Reinhold Dellmann, der ja bekanntlich im Barnim seinen Hauptwohnsitz hat, wäre zu empfehlen, die Ergebnisse der Volksinitiative ernst zu nehmen und damit aufzuhören, »landespolitische Ping-Pong-Spiele« zu betreiben. Er spricht sich für regionale Lösungen aus, würde aber deren

Finanzierung gern den Landkreisen und kreisfreien Städten überlassen. Dabei ist doch offensichtlich, daß strukturschwache Landkreise wie beispielsweise die Uckermark und Spree-Neiße als auch kreisfreie Städte wie Cottbus und Frankfurt (Oder) aufgrund ihrer desolaten Finanzlage in eigener Regie kein Sozialticket bereitstellen können.

Im Landkreis Barnim, wo zum 1. April 2006 ein bislang vorhandenes Sozialticket ersatzlos gestrichen wurde, würde das die Wiedereinführung bedeuten. Der wundervolle Kultur- und Verwaltungstempel in der Eberswalder Stadtmitte (offiziell: »Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum Paul-Wunderlich-Haus«) ist das beste Beispiel dafür, daß Prestigeobjekte locker »aus der Westentasche« bezahlt werden können, während man bei Finanzierungen aus dem Kreishaushalt, die dem Erhalt des sozialen Friedens und des kommunalen Miteinanders dienlich sind, gern reflexartig auf eine angespannte Haushaltslage verweist.

Die Einführung bzw. Wiedereinführung eines Sozialtickets sollte stärker in den Fokus des gemeinschaftlichen Handelns gerückt werden, um dieses Anliegen auch in den Brandenburger Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen zum Beratungsgegenstand zu machen.

Dies gilt auch für die bis zum Jahresende laufende Volksinitiative »Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar« (www.kein-busgeld.de), die durch ein partei- und organisationsübergreifendes Aktionsbündnis regional und landesweit getragen wird. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008 gilt es, im außerparlamentarischen Raum das bürgerschaftliche Engagement auf viele Schultern zu legen, um einer gesellschaftlichen Entsolidarisierung und den zunehmend rechtsextremen Aktivitäten in den

strukturschwachen und nach wie vor von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Landstrichen konstruktiv entgegenzutreten.

Vor diesem Hintergrund möchten wir allen Bürgerinnen und Bürgern ein ganz herzliches Dankeschön übermitteln, die mit ihrer Unterschrift der Volksinitiative ein markantes Gesicht gegeben haben! Unser Dank gilt dem bezirklichen ver.di-Aktionsteam, den Kolleginnen und Kollegen sowie den Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die in ihren Einrichtungen Listen ausgelegt haben und/oder Unterschriften gesammelt haben. Weiterhin wurden Aktivitäten entwickelt, um für die Unterschriftensammlungen im außergewerkschaftlichen Raum einen größeren Kreis von Partnerinnen und Partnern zu gewinnen. Lobend erwähnt sei hierbei die Finowfurter Zahnarztpraxis Renate Hemp, sowie aus der Kreisstadt Eberswalde die Stadtbibliothek, Resi's Blumen-Shop und der überregional bekannte Forstchor Silvanus, die mit beachtlichen Ergebnissen an der Bilanz im ver.di Bezirk Uckermark/Barnim beteiligt sind. Im Boot sind nun auch die Kreisverbände der Arbeiterwohlfahrt Eberswalde und Bernau.

Beim jüngsten Initiatorentreffen wurde vereinbart, bis zum 30. September in den Regionen des Landes Brandenburg mit den Unterschriftenlisten unterwegs zu sein, damit ein gutes Endergebnis erzielt wird, das der erforderlichen formalen Überprüfung durch den Landeswahlleiter standhält und welches auch die Landesregierung nicht ignorieren kann. Am 2. Oktober soll die Gesamtanzahl der geleisteten Unterschriften dann dem Präsidenten oder der Vizepräsidentin des Brandenburger Landtages medienwirksam überreicht werden.

CARSTEN ZINN und Dr. ANDREAS STEINER
für die Initiatorin ver.di Berlin-Brandenburg

Leben ist mehr Wert

Wenn Zahlen
unser Leben bestimmen
Bilanzen und Steuerbescheide
Lebensqualität verändern
wenn Wert oder Unwert
von Kunden und Händlern
vom Kreditrahmen abhängt
wenn Sachbearbeiter
der Sozialbehörden
das Einkommen bestimmen
Arbeitsstunden
nur noch den Wert
von einem Euro umfassen
spätestens dann
erinnern sich einige
an das Wort der Bibel
„Gott schuf den Menschen
- zu seinem Bilde schuf er ihn“.

MARTIN OBERKINKHAUS, 2006/2007
Aus dem »Mensch Martin Kalender«

2. Sozialforum im Oktober

Über den Umgang mit den bedrohlichen politischen und ökonomischen Realitäten wollen wir während des 2. Sozialforums in Deutschland diskutieren, das vom 18. bis zum 21. Oktober in Cottbus stattfindet.

In enger Zusammenarbeit mit verschiedensten zivilgesellschaftlichen Gruppen, mit Attac und der Friedensbewegung, mit großen DGB-Gewerkschaften und den regionalen Gewerkschaftsorganisationen hat die Initiative Sozialforum alle organisatorischen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Forum geschaffen. Auch mit der Stadtverwaltung von Cottbus gibt es eine enge Kooperation. Die zentral gelegenen Veranstaltungsorte – Stadthalle, Universität, Oberstufenzentrum – bieten die Gewähr, daß die Bevölkerung der Stadt und der Umgebung an den zahlreichen Veranstaltungen teilneh-

men kann. Die geografische Nähe zu Polen und Tschechien schafft gute Voraussetzungen für die Teilnehmer aus diesen Nachbarländern.

Auch die Gestaltung des Programms ist weit gediehen. Es ist jetzt Zeit, die selbstorganisierten Seminare und Workshops anzumelden. Wir bitten alle Interessierten Gruppen und Initiativen, ihre Veranstaltungswünsche so bald wie möglich über www.sozialforum2007.de, über den Punkt »Anmelden« zu registrieren.

Auf dieser Website stehen auch alle wichtigen Informationen und Teilnahmebedingungen zur Verfügung. In regelmäßigen Pressemitteilungen und Protokollveröffentlichungen wird dort über den Fortgang der Vorbereitungen informiert. Anfragen bitte an info@sozialforum2007.de.

Initiative Sozialforum

Menschenwürdige Pflege gewährleisten

Der aktuelle Prüfbericht des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) offenbart katastrophale Zustände in Pflegeheimen. Auch die ambulante Betreuung soll kläglich versagen. Nach Pressemeldungen bekommt jeder dritte Pflegefall (Heime: 34,4 Prozent; ambulante Pflege: 29,6 Prozent) nicht ausreichend zu essen und zu trinken. 42,4 Prozent der Pflegebedürftigen, die zu Hause versorgt werden, werden nicht häufig genug umgibtet und liegen sich wund. Der MDK-Bericht faßt rund 8.000 Qualitätsberichte des Krankenkassendienstes der Jahre 2004 bis 2006 zusammen und deckt an vielen Stellen menschenunwürdige Zustände auf.

Die Landesregierung hat ihren letzten Pflegebericht 1997 vorgelegt. Erst nachdem die PDS-Fraktion im Jahre 2001 eine Große Anfrage zur Pflegesituation in Brandenburg ge-

stellt hatte, wurden durch die Landesregierung neue Daten und Analysen zusammengetragen. Seitdem hat die Landesregierung gegenüber dem Parlament nicht mehr zum Thema Pflege berichtet. Der aktuelle Bericht des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen läßt vermuten, daß es auch in Brandenburg noch Orte gibt, an denen Pflegemißstände herrschen.

DIE LINKE bereitet gegenwärtig wiederum eine große Anfrage zur Pflegesituation in Brandenburg vor, um die Landesregierung zu zwingen, dem Parlament eine Analyse vorzulegen.

Der heute veröffentlichte Bericht des MDK zeigt, wie dringend eine umfassende Pflegereform zur Wiederherstellung der Würde der Pflegebedürftigen ist. Die Flickschusterei der großen Koalition kann den Pflegebedürftigen nicht helfen!

BIRGIT WÖLLERT und INGE KOLODZEIKE

UNICEF-Gruppe informiert über ihre Arbeit

Die örtliche Arbeitsgruppe von UNICEF möchte mehr über die Arbeit des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen informieren. Dazu gab es kürzlich einen Vortrag über die UNICEF-Arbeit in Sambia. Sigrid Nelleßen, ehrenamtliche Leiterin der Gruppe in Stendal, war für zehn Tage auf Projektreise in dem afrikanischen Land, um sich u.a. über das Land und die Verwendung der Spendengelder zu informieren. UNICEF leistet vor Ort besonders Jugendarbeit und baut Brunnen für Trinkwasser. In Sambia sind 64 Prozent der Einwohner unter 18 Jahren (etwa 6 Millionen Menschen) und die Bevölkerung hat eine durchschnittliche Lebenserwartung von nur etwa 36 Jahren. Als nächstes wird UNICEF-Eberswalde im

Rathaus eine Ausstellung zum Thema »ausbeuterische Kinderarbeit« eröffnen. Dabei kooperiert die Gruppe mit dem Kinder- und Jugendparlament (KJP) der Stadt. Eröffnet wird die Ausstellung am 21. September gegen 10.30 Uhr auf der Bürgermeisteretage im Rathaus. Das KJP wird am 20. September (Weltkinderstag der Vereinten Nationen) einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung stellen, der die Verwaltung dazu bringen soll, bei künftigen Ausschreibungen darauf zu achten, daß die Bewerber sich selbst verpflichten, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verwenden. Eberswalde soll sich zwar nur symbolisch, aber dafür deutlich gegen ausbeuterische Kinderarbeit aussprechen. MARTIN HOECK

Erste Anträge in Vorbereitung

Das Eberswalder Kinder- und Jugendparlament (KJP) bereitet derzeit seine ersten Anträge für die Stadtverordnetenversammlung (StVV) vor.

Der erste Antrag soll vor allem ein Zeichen setzen. Die Verwaltung soll aufgefordert werden, künftig bei der Beschaffung von Produkten darauf zu achten, daß diese nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen. Die Bewerber auf Ausschreibungen sollen sich künftig selbst verpflichten und eine entsprechende Erklärung abgeben, daß ihre Produkte nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit aus Entwicklungsländern stammen. Eberswalde würde damit ein Zeichen gegen die Ausbeutung von Kindern auf der Welt setzen. Eberswalde wird damit soetwas wie eine Vorzeige-Gemeinde in Brandenburg. Dabei sagen wir nicht, daß die Stadt in der Vergangenheit solche Produkte, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen, gekauft hätte, aber wir wollen es für die Zukunft demonstrativ regeln.

Der zweite Antrag des KJP wird sich mit der Mehrsprachigkeit der städtischen Homepage beschäftigen. Wir stellen uns vor, daß wichtige Seiten wie z.B. die Wirtschaftsseite neben Deutsch künftig auch in Englisch und Polnisch zur Verfügung stehen. Zudem soll perspektivisch der »Werbefilm« über Eberswalde auch noch in Dänisch verfügbar sein. Dieser Antrag soll zum einen die Internetseite fit für Investoren aus dem Ausland machen und zum anderen auch die Beziehungen zu den Partnerstädten in Polen und Dänemark verbessern. Dies war auch ein Ziel, welches sich aus Gesprächen mit dem Jugendrat der dänischen Partnerstadt Herlev manifestiert hat.

Da das KJP selbst jedoch keinen Antrag in die StVV einbringen kann, müssen wir entweder über die Verwaltung oder über eine Fraktion gehen. Wir werden dabei versuchen jede Fraktion einmal mit einzubeziehen und hoffen jeweils auf entsprechende Unterstützung.

MARTIN HOECK, Vorsitzender KJP

Hartz-IV-Aufstocker

Berlin (bbp). Die Hälfte der Hartz-IV-Empfänger geht zusätzlich arbeiten. Laut »Tagesspiegel« vom 14. August geht das Bundesarbeitsministerium davon aus, daß zu Beginn des Jahres hochgerechnet 1,3 Millionen erwerbsfähige Hilfebedürftige abhängig beschäftigt waren. Das wären rund die Hälfte der 2,5 Millionen, die in diesem Zeitraum langzeitarbeitslos waren und Leistungen nach Hartz IV bekamen. 2006 betrug die Zahl rund 800.000.

Betroffen sind all jene, die zwar einen Job im ersten Arbeitsmarkt haben, deren Einkommen jedoch unterhalb des Hartz-IV-Satzes inklusive Miete liegt. Die Hälfte der 1,3 Millionen sogenannten Aufstocker ist sozialversicherungspflichtig zum Teil in Vollzeit beschäftigt, der Rest hat einen oder mehrere Minijobs.

12. SBB-Treffen

Potsdam (sbb). Am 25. August trafen sich in Potsdam bereits zum zwölftenmal die Initiativen der »Sozialen Bewegung Land Brandenburg« (SBB). Es nahmen Delegierte aus 11 Städten teil, nämlich aus Angermünde, Brandenburg, Cottbus, Eberswalde, Eisenhüttenstadt, Finsterwalde, Jüterbog, Luckenwalde, Potsdam, Storkow, Trebbin sowie Gäste aus Berlin.

Neben der Klärung interner Fragen zur Zusammenarbeit im Netzwerk ging es vor allem um die Teilnahme an den bundesweiten Aktionen im Herbst. Eine weitere Verschlechterung der sozialen Lage breiter Bevölkerungsschichten darf nicht tatenlos hingenommen werden! Die Initiativen der SBB werden sich als gemeinsamer Block sowohl an der Friedensdemo für Afghanistan und gegen die Bundeswehrreinsätze wie auch am 4. Sternmarsch gegen die unsoziale Politik der Regierung beteiligen.

Am 2. Sozialforum in Deutschland, das diesmal im Land Brandenburg, in Cottbus, stattfindet, wird die SBB nicht nur teilnehmen, sondern sich mit dem Ausrichten einer eigenen Konferenzveranstaltung aktiv einbringen.



In der Mittagspause veranstalteten die Tagungsteilnehmer wieder eine kleine Kurzdemo. Auch über eine dritte große Brandenburgdemo wurde gesprochen. Das Vorhaben wurde einstimmig begrüßt. Als Termin ist der 29. März 2008 anvisiert, Veranstaltungsort wird diesmal Potsdam sein.

Das 13. Treffen der »Sozialen Bewegung Land Brandenburg« findet am 6. Oktober in Eberswalde statt.

LINKE mit Ökostrom

Eberswalde (bbp). Die AG Umwelt (AGU) bei der Linken Barnim hat den Kreisvorstand aufgefordert, selbst aktiv die Möglichkeiten für eine ökologische Energiepolitik auszunutzen und schlugen einen Wechsel des Anbieters für die Versorgung der Kreisgeschäftsstelle mit Elektroenergie vor. Der aktuelle Stromliefervertrag soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt und zu einem Ökostromanbieter gewechselt werden. Dem aktuellen Anbieter soll der ökologische Grund des Wechsels schriftlich mitgeteilt werden. Auf der nächsten Mitgliederversammlung wird, geht es nach dem Vorschlag der AGU, den Mitgliedern des Kreisverbandes der Wechsel in Zusammenhang mit den ökologischen Gründen LINKER Energiepolitik erläutert.

»Die Partei DIE LINKE«, begründet die AGU ihren Vorschlag, »versteht sich zunehmend als eine ökologische Alternative zu den etablierten Parteien. Nur wir bringen die ökologische mit der Systemfrage in direkten Zusammenhang. Das hat kürzlich der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag getan.« Die Versorgung mit Energie zähle zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dabei gehe es um weit mehr als die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen. Energie stehe heute nicht mehr nur für Wohlstandssicherung und volkswirtschaftliche Entwicklung. »In den Mittelpunkt rückt zunehmend, wie sich das jeweilige Energiesystem auf das Weltklima und die Umwelt auswirkt. Welche Auswirkung die Verknappung der Energieressourcen auf die Friedenspolitik und eine gerechte Weltordnung haben. Es geht also auch darum, wie Energie in Zukunft produziert werden soll.«

DIE LINKE stehe für einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie und streite für einen sozialen Ausstieg aus der Braun- und Steinkohleverstromung. »Vorrangiges Ziel ist eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Netze in öffentliche Hand und die demokratische Kontrolle der Energiepolitik«, heißt es in den Programmatischen Schwerpunkten der LINKEN. »Steigerung der Energieeffizienz, Senkung des Energieverbrauchs und strikte Ausrichtung auf erneuerbare Energien sind zur Lösung der Energieprobleme notwendig. Bereits entwickelte Technologien, wie wasserstoffbetriebene Motoren (Brennstoffzellen - alternative Energien) sollen schnellstmöglich genutzt und finanziell gefördert werden. Ebenso sollen umweltfreundliche Neuentwicklungen ohne Rücksicht auf Kapitalinteressen sofort umgesetzt werden. Wir wollen einen beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie, lehnen neue Atomkraftwerke und den Export von Atomtechnik ab.«

Eine Umstrukturierung des Energiesektors habe auch über Klimaschutz und verminderte Importabhängigkeit hinaus weitere Vorteile. Sie führt zu mehr wirtschaftlicher Wertschöpfung im Lande und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

Mehr Strom aus Sonne für Eberswalde

Imagekampagne SolarLokal gestartet

Eberswalde (prest-ew). Sonne hat Zukunft – in Eberswalde. Die Stadt hat sich der bundesweiten Imagekampagne SolarLokal angeschlossen. Zahlreiche Kreise, Städte und Gemeinden in Deutschland nehmen bereits an SolarLokal teil und werben mit Informationen und Öffentlichkeitsarbeit für den umweltfreundlichen Solarstrom. Die Kampagne wird getragen von der Deutschen Umwelthilfe e.V. und der SolarWorld AG und unterstützt von den kommunalen Spitzenverbänden. Bundesweit sind alle Kreise, Städte und Gemeinde eingeladen, bei SolarLokal mitzumachen.

Bürgermeister Friedhelm Boginski schließt sich der Meinung an, daß es vor Ort Verantwortung dafür zu übernehmen gilt, künftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Solarstrom dient aber nicht nur der Umwelt und dem Klimaschutz, sondern lohnt sich auch finanziell. Viele Bürgerinnen und Bürger sollten sich für diese moderne, umweltfreundliche Technologie begeistern und eine Solarstromanlage bauen. Nicht zuletzt wird hiermit die Wirtschaft vor Ort gefördert – denn die Anlagen werden in der Regel von örtlichen Handwerkern installiert.

Die Stadt Eberswalde stellt beispielsweise einen Teil der Dachfläche des Rathauses für eine

Bürgersolaranlage zur Verfügung, die Ende August in Betrieb ging. Die stadteigene Wohnungsbau- und Hausverwaltungs GmbH hat seit Jahren umfangreiche Photovoltaik- und Solaranlagen installiert. Eine Investition, von der auch die Mieter profitieren.

Solarstrom wird im Jahr 2007 über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit dem gesetzlich festgelegten Satz von 49,21 Cent pro eingespeiste Kilowattstunde vergütet. Über das Programm »Solarstrom Erzeugen« der KfW-Förderbank gibt es zinsgünstige Kredite. Handwerksbetriebe mit Sitz im Landkreis Barnim können sich bei SolarLokal als SolarLokal-Handwerker registrieren lassen. Voraussetzung für die Registrierung ist der Nachweis, daß der Betrieb drei Photovoltaikanlagen installiert hat.

Nähere Informationen zu Solarstrom und SolarLokal gibt es im Internet unter www.solarlokal.de. Am SolarLokal-Infotelefon unter 01803/20003000 erhalten Bürgerinnen und Bürger ein kostenfreies Informationspaket zu Solarstrom. Die bundesweite und kostenfreie Dachbörse auf der SolarLokal-Internetseite bietet zudem die Möglichkeit, Dächer für die Solarstromnutzung zur Verfügung zustellen sowie nach geeigneten Dachflächen zu suchen.

Bürgersolaranlage am Netz



Eberswalde (bbp). Seit dem 28. August produziert die 1. Bürgersolaranlage in Eberswalde auf dem Dach des Rathauses umweltfreundlichen Strom. In der ersten Woche wurden bereits rund 375 Kilowattstunden erzeugt. Am 30. August hatten die Gesellschafter, die beteiligten Handwerker aus der Region und Vertreter der Stadt Eberswalde die Anlage bei einem Gläschen Sekt feierlich eingeweiht.

Die Bürgersolaranlage Eberswalde 1 GbR investierte insgesamt 56.000 Euro. Installiert wurden 72 Solarmodule mit einer Gesamtfläche von rund 93 Quadratmetern und einer Leistung von 11,88 kWp. Die Dachfläche auf dem Seitenflügel des Rathauses konnte dank des finanziellen Engagements der insgesamt 23 Gesellschafter aus Eberswalde und Umgebung voll ausgenutzt werden. »Nach längerem Suchen nach einem geeigneten Dach«, sagte der Ge-

schaftsführer der Bürgersolar-GbR Thorsten Kleinteich, »konnte die Bürgeranlage nun in kurzer Zeit realisiert werden. Dafür geht der Dank an die Stadtverwaltung und die ausführenden Firmen aus der Region.«

Die Anlage wird jährlich mehr als 10.000 Kilowattstunden sauberen Strom erzeugen und in das Netz der Stadtwerke einspeisen. Nach 12 bis 13 Jahren, so die Prognose, wird sich die eingesetzte Summe amortisiert haben. Die Einspeisevergütung von derzeit 49,2 Cent pro Kilowattstunde ist für zwanzig Jahre gesetzlich garantiert. Der produzierte Solarstrom würde bei Verwendung fossiler Energieträger pro Jahr einem Ausstoß von rund acht Tonnen CO₂ entsprechen. »Eberswalde kann wiederum«, so Kleinteich, »einen kleinen Fortschritt beim Klimaschutz und auf dem Weg zur 'Stadt mit neuer Energie' verbuchen.«

Bioethanolanlage wurde stillgelegt

Schwedt (ekb/bbp). Die Bioethanolanlage in Schwedt hat im September die Produktion eingestellt. Wie die Sprecherin des Werkbetreibers Vereinigte Bioenergie AG (Verbio) erklärte, sei die Auslastung der 2005 in Betrieb genommenen Anlage seit Jahresbeginn bis August auf rund 50 Prozent gesunken. Verbio habe im Bereich Bioethanol im ersten Halbjahr bei einem Umsatz von knapp 58 Millionen fast 6 Millionen Euro Verlust gemacht.

In der Europäischen Union vervielfachte sich die Bioethanolproduktion innerhalb weniger Jahre auf zuletzt 1,6 Milliarden Liter. Mit den derzeit geplanten oder in Bau befindlichen Anlagen wachsen die EU-weiten Produktionskapazitäten sogar bald auf 6,5 Milliarden Liter Bioethanol pro Jahr. Die Nachfrage nach den Rohstoffen Weizen, Mais und Roggen verdoppelt sich dadurch in den nächsten zwei bis drei Jahren von derzeit 3,2 auf 6,4 Millionen Tonnen. Damit würden 2,3 Prozent einer durchschnittlichen Getreideernte in die Bioethanolproduktion gehen.

Weltweit verarbeitet die Bioethanolindustrie rund 106,8 Millionen Tonnen Getreide, davon allein 86,5 Millionen Tonnen in den USA. Angesichts der hohen Rohölpreise ersetzt Getreide auch in der Papier-, Baustoff- und Chemieindustrie zunehmend die bisher verwendete

Mineralölprodukte als Basis für ihre Grundstoffe. Die industrielle Verwertung von Getreide wächst dadurch mit zweistelligen Raten. Eine Folge davon sind höhere Getreidepreise. Kostete eine Tonne Weizen im Jahr 2006 noch 120 Euro, müssen 2007 dafür rund 200 Euro auf den Tisch gelegt werden. Da zugleich die Alkoholpreise sinken, geraten die Biospritproduzenten unter zunehmenden Kostendruck. Als Reaktion werden Neubaupläne auf Eis gelegt und, wie in Schwedt, gerade erst errichtete Produktionskapazitäten stillgelegt. Künftig soll auch eine andere Rohstoffbasis für geringere Kosten sorgen. In Europa wird Bioalkohol bereits heute zur Hälfte aus Zuckerrüben und Weinalkohol hergestellt. Eine wirtschaftliche Herstellung von Bioalkohol aus cellulosehaltigen Stoffen wie Stroh und Holzresten erwartet der IGC dagegen erst in fünf Jahren.

Mit einer anderen Rohstoffbasis wollen auch die Betreiber der Eberswalder Biodieselanlage arbeiten. In der derzeit auf dem Gelände des Eberswalder Binnenhafens entstehenden Anlage soll mit Palmöl ein Rohstoff verarbeitet werden, der aus den Tropen importiert werden muß. Wegen des steigenden Palmölbedarfs der Industrieländer sind in den letzten Jahren riesige Flächen tropischen Regenwaldes in Palmölplantagen verwandelt worden.

Keine neuen Biogasanlagen in Templin

Templin (bbp). Die Templiner Stadtverordnetenversammlung hat am 15. August mit knapper Mehrheit den geplanten Bau weiterer Biogasanlagen in ihrer Stadt mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die Firma agri.capitel aus Münster (Nordrhein-Westfalen) planten die Errichtung von drei Anlagen mit zusammen 1,5 Megawatt Leistung. Das aus Rinder- und

Schweinegülle sowie nachwachsenden Rohstoffen produzierte Gas sollte in das Fernnetz der Verbundnetz Gas AG eingespeist werden. Die Gegner der Anlage hatten auf die bereits funktionierenden vier Biogasanlagen in Templin verwiesen. Sie befürchteten Mais- und Roggen-Monokulturen auf den Feldern und eine damit verbundene Auslaugung der Böden.

Weltgrößte Biogasanlage in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Auch in Eberswalde soll eine Biogasanlage errichtet werden (vgl. BBP 3, 6 und 8/2007). Am 21. Juni stimmten die Stadtverordneten bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen mehrheitlich für eine Änderung des Bebauungsplans für den Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE), mit welcher dort der Bau einer 5-Megawatt-Biogasanlage durch die inTRUST AG ermöglicht wird. Die mit 2,5 MW bisher weltgrößte Biogasanlage betreibt die gleiche Firma bei Anklam.

Für den Betrieb in Eberswalde werden pro Jahr rund 130.000 Tonnen Biomasse benötigt. Das sind einschließlich der Leerfahrten etwa 40 bis 50 LKW-Fuhren pro Tag. Silos für 100.000 Tonnen Maissilage sollen entstehen. Allein für den Mais-Anbau sind in jedem Jahr etwa 2.400 ha landwirtschaftliche Nutzfläche notwendig. Das Eberswalder Biogas soll an Ort und Stelle in Elektroenergie umgewandelt werden. Für die Nutzung der anfallenden Abwärme sind noch keine Konzepte bekannt.

Neuer Busbahnhof in Eberswalde begrüßt

Wir freuen uns, daß nun endlich die Regionalbusse direkt am Bahnhof halten und ausreichend P&R-Parkplätze zur Verfügung stehen. Für die Nutzer des Obusses sind die Wege zum Bahnhof leider immer noch relativ weit. Hier sind im Zuge des teuren Neubaus der Bahnstrecke Möglichkeiten zur Optimierung durch einen direkten Abgang zu den Bahnsteigen verschenkt worden.

Zur weiteren Verbesserung des Angebotes für die Nutzer des umweltfreundlichen Verkehrsverbundes wünschen wir uns ein gemeinsames Fahrgastzentrum, weitere Fahrradabstellmöglichkeiten sowie eine optimierte Fahrradzufahrt zum Bahnhof. Die Obushaltestelle auf der Brücke stadteinwärts sollte endlich vollständig fertiggestellt werden.

KARL-DIETRICH LAFFIN, B90/Grüne Barnim

Wie GRÜN ist DIE LINKE?

26. September um 19 Uhr im Café am Weidendamm (Schicklerstraße 4, 16225 Eberswalde). Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohle. Weg mit der Atomkraft. Keine Gentechnik auf dem Acker.

Für diese ökologischen Ziele steht die Bundestagsfraktion DIE LINKE. Viele »erwarten nicht nur eine Organisation, die konsequent soziale Gerechtigkeit einfordert, antimilitaristisch ist und den Mut hat, über den Kapitalismus hinauszudenken. Sie erwarten auch eine Partei, die sich glaubhaft dem Klimawandel, dem Artensterben und der Ausplünderung der natürlichen Ressourcen entgegenstellt,« so die umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Eva Bulling-Schröter.

Doch welchen Stellenwert haben ökologische Ziele in den Ländern, in der Kommune und bei jedem einzelnen Mitglied der LINKEN? Dieser Frage widmet sich die Veranstaltung: »Wie GRÜN ist DIE LINKE?«. Sie wird von der AG Umwelt bei der LINKEN.Barnim veranstaltet.

Bernd Brouns, der Umweltreferent der Bundestagsfraktion DIE LINKE, wird einen Einblick in die ökologischen Zielstellungen der Fraktion geben. Die Brandenburger Umweltpolitik der Landtagsfraktion wird durch Axel Kruschat kritisch beleuchtet. Er ist der Geschäftsführer des BUND Landesverband Brandenburg und wird aus der Sicht einer Nichtregierungsorganisation berichten. Wie die ökologische Arbeit der LINKEN im Kreis Barnim aussieht, wird von Dr. Andreas Steiner vom Barnimer Baumschutzstammtisch dargestellt. Auch er wird eine externe Einschätzung geben. Als langjähriges Mitglied des Kreis-Umweltausschusses weiß er viel zu berichten.

Danach kann spannend und kontrovers diskutiert werden.

CHRISTIAN REHMER,
AG Umwelt bei der LINKEN.Barnim

Anzeige



Vortrag und Debatte mit:
Bernd Brouns (DIE LINKE, im Bundestag)
Axel Kruschat (BUND Brandenburg)
Andreas Steiner (Barnimer Baumschutzstammtisch)
26.09.2007 / 19:00 Uhr / Café am Weidendamm / Schicklerstraße 4 / Eberswalde / Eintritt frei.

Die Februarrevolution von 1917 hatte die Herrschaft des Zaren in Rußland beendet. Nach drei Jahren Krieg lebte die Mehrheit der Bevölkerung in Not und Elend, während die versprochenen Erfolge an der Front ausblieben. Die tiefgehenden gesellschaftlichen Widersprüche in Rußland, deren Lösung mit der blutigen Niederschlagung der Revolution von 1905 bis 1907 und dem Abbruch der vorsichtigen Reformen Stolypins auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben und schließlich durch die Verstrickung in den Weltkrieg in der Hoffnung auf einen schnellen Sieg verdrängt worden waren, brachen sich ihre Bahn und fegten die jahrhundertalte Zarenherrschaft binnen kürzester Zeit hinweg. Rußland wurde Republik. Eine provisorische Regierung, an der neben der bürgerlichen Kadettenpartei die sozialdemokratischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre beteiligt waren, übernahm die Regierungsgeschäfte. Gleichzeitig übten vor allem auf lokaler Ebene die in der Revolution entstandenen Sowjets der Arbeiter und Soldaten einen Teil der staatlichen Machtfunktionen aus. Im Juli 1917 endete diese faktische »Doppelherrschaft«. Die Provisorische Regierung ging mit Waffengewalt gegen die Sowjets vor. Dort hatten die Bolschewiki inzwischen immer größeren Einfluß gewonnen, u.a. weil die bürgerlich-sozialdemokratische Provisorische Regierung die Hauptprobleme, weswegen im Februar die Massen aufbegehrt hatten, keineswegs gelöst hatte. Der Krieg wurde fortgesetzt und im Juni scheiterte eine militärische Offensive, die den Siegfrieden bringen sollte. Nach dem blutig auseinandergetriebenen Juli-Demonstrationen mußte sich Lenin vor den Häschern der Provisorischen Regierung verbergen. Er ging nach Finnland und nutzte die Zeit der Illegalität, um sich im August und September 1917, also unmittelbar vor der Oktoberrevolution, mit den theoretischen Problemen des Staates und der proletarischen Revolution auseinanderzusetzen.

Die Oktoberrevolution brachte die Bolschewiki an die Macht. Gut 70 Jahre später implodierte diese Macht aufgrund der angehäuften inneren Widersprüchen.

Die Begriffe Revolution, Sozialismus, Kommunismus verloren ihre Unschuld. Im Nachhinein erscheint mit Blick auf die stalinschen Greuel gar der rigideste Antikommunismus legitim. Während die einen versuchen, diese »Entartungen« des Sozialismus auf die Person Stalins zu reduzieren, sehen andere, wie z.B. Alexander Jakowlew, während der Perestrojka in der Sowjetunion enger Weggefährte Gorbatschows, keinerlei Unterschiede mehr zwischen Stalin und Lenin. Ohne sich um tatsächliche inhaltliche Auseinandersetzung zu bemühen, werden auch Marx und Engels in diesen Topf geworfen. Die Oktoberrevolution wird in dieser Lesart zum bolschewistischen Putsch, zur Konterrevolution, mit der die demokratische Entwicklung des Februars 1917 im Blut erstickt wurde.²

Lenins »Staat und Revolution«

Lenins Schrift »Staat und Revolution«¹, vor 90 Jahren niedergeschrieben, gehörte zu DDR-Zeiten zu den grundlegenden theoretischen Schriften, die in M/L-Unterricht und Parteilehrjahr hoch und runter gebetet wurden. Heute ist die Schrift weitgehend vergessen. Jedoch hat Lenins »Staat und Revolution« auch heute noch seine Bedeutung. Diese Schrift entstand als theoretisches Programm für die damals unmittelbar bevorstehende Revolution und vor allem für das, was danach kommen sollte. Wenn sich jetzt in Deutschland eine neue LINKE etabliert, dann ist deren Zukunft nicht denkbar ohne die Erfahrungen der Vergangenheit.

Tatsächlich finden sich in Lenins Schrift »Staat und Revolution« einige Ansätze für Jakowlewsche Interpretationen. Lenin zitiert ausführlich die Stellen bei Marx und Engels, in denen sie die Theorie vom Staat und der Diktatur des Proletariats entwickeln und auf die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats hinweisen. Lenin hebt dabei die Worte »zerstören« und »vernichten« auffällig hervor. In Lenins Schrift geht es um die Institutionen, die »vernichtet« werden sollen. Bald nach der Revolution entbrannte im Bürgerkrieg eine blutige Gewaltspirale von »weißem Terror«, dem »roter Terror« entgegengesetzt wurde. Die Zerstörung der Institutionen geriet zur physischen Vernichtung der diese Institutionen tragenden Akteure. Eine Entwicklung übrigens, die es schon in der französischen Revolution von 1789 bis 1795 gab.

Wichtiger sind die Passagen, in denen Lenin das Bild jenes Staates entwirft, mit dem nach der siegreichen Revolution der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzogen werden sollte. Zur konkreten Form dieses Übergangs findet sich im umfangreichen Nachlaß von Marx und Engels kaum etwas. Ausnahmsweise greift Lenin daher auch nicht auf Marx- oder Engels-Zitate zurück. Vielmehr bezieht er sich auf einen »geistreichen deutschen Sozialdemokraten« der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts, der die Post als das Muster sozialistischer Wirtschaft bezeichnet hatte. Daraus entwickelt Lenin seine Vorstellungen über die konkreten Formen des proletarischen Staates. »Man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand« der Kapitalisten, »man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates – und wir haben einen von dem 'Schmarotzer' befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns.« Das nächste Ziel sei dann, so Lenin weiter, »die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren, und zwar so, daß die unter der Kontrolle und Leitung des bewaffneten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamtete Personen ein den 'Arbeiterlohn' nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die ökonomische Grundlage des Staates, wie wir sie brauchen.«

Ein paar Seiten später faßt er sein Idealbild des künftigen Staates noch einmal zusammen: »Alle Bürger verwandeln sich in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden... Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem



Lohn sein.« Die »Fabrik«disziplin, »die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter auf die gesamte Gesellschaft erstrecken wird«, sei notwendig, »zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung«. Erst wenn »alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit« gelernt hätten, »den Staat zu regieren« und »die Kontrolle 'in Gang gebracht' haben über die verschwindend kleine Minderheit der Kapitalisten, die Herrchen, die die kapitalistischen Allüren gern bewahren möchten, über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind« schwinde Notwendigkeit jeglichen Regierens, werde der Staat entsprechend der Analyse von Karl Marx und Friedrich Engels absterben.

Die Strukturen der Sowjetmacht, wie sie nach dem Oktober 1917 entstanden, weisen viele Züge dieser gesamtgesellschaftlichen Fabrik auf, welche Lenin in »Staat und Revolution« in groben Zügen entwarf. In dieser Vision fehlen jene Passagen von Marx und Engels, in denen sie anhand der Erfahrungen der Pariser Kommune den demokratischen Charakter der »endlich gefundenen Form« der Diktatur des Proletariats beschreiben: die Besetzung aller Stellen »durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten«³. Lenin betont in seinen zusammenfassenden Folgerungen lediglich die Bezahlung dieser Beamten mit »Arbeiterlohn«, während aus den »Beteiligten« bei Lenin die »bewaffneten Arbeiter« werden, zu denen weder die gestürzten Kapitalisten, noch die »Techniker, Aufseher und Buchhalter« und auch nicht jene Arbeiter zählen, welche »durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind«.

Nachdem die Bolschewiki an die Macht gekommen waren, mit der festen Absicht, sie »nicht wieder aus der Hand zu geben«¹ stellte sich schnell heraus, daß diese »Nichtbeteiligten« durchaus nicht nur eine »verschwindend kleine Minderheit« darstellten. Der Kampf um den Machterhalt wurde für die führenden Bolschewiken schnell zum Kampf ums eigene Überleben. Der Staat der »bewaffneten Arbeiter«, zu denen die »demoralisierten« Teile des Proletariats ohnehin nicht zählten, wurde zum Staat der im Namen der Arbeiter herrschenden Partei. Denn dem neuen Staat fehlte jene Absicherung »gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten« die Engels als Vorbedingung nannte gegen die »in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft«². Aus den Wirren des Bürgerkriegs ging ein Staatswesen hervor, dem sämtliche Kennzeichen jener zentralisierten Staatsmacht anhaftete, die mit der proletarischen Revolution eigentlich zerstört werden sollte: Bürokratie, stehendes Heer, Polizei einschließlich Geheimpolizei. Anstelle von Wahl und Abwahl der Beamten durch das Volk setzte nunmehr »die Partei«, oder vielmehr der Parteiapparat, die Funktionäre ein und ab.

Möglich, daß die Zerrüttungen des Bürgerkriegs und die darniederliegende Ökonomie damals wenig Spielraum ließ, daß ohne diese Art der Diktatur der Bürgerkrieg nicht hätte gewonnen werden können. Dies zu analysieren ist hier nicht der Platz. Es bleibt nur festzustellen, daß die neue »proletarische« Bürokratie wie alle vorherige sich aus Dienern in Herren der Gesellschaft gewandelt hatte und diese Position nicht freiwillig wieder aufgab. So wurde auch nach dem Sieg im Bürgerkrieg nichts zur Absicherung »gegen die eignen Abgeordneten und Beamten« unternommen. Vielmehr nutzten die neuen Herren ihre Definitionsmacht, um ihr bürokratisches Staatswesen als »Diktatur des Proletariats« und die entstandene staatskapitalistische Gesellschaft als »Sozialismus« zu bezeichnen. Bald wußte man es nicht mehr anders.

Lenin hatte in »Staat und Revolution« ausgiebig dagegen polemisiert, daß die Opportunisten Marx »vergessen« hatten. Doch auch Lenin hatte wichtige Teile der Lehre von Marx und Engels »vergessen«. Und unter seinen Nachfolgern wurde nicht nur Marx sondern auch Lenin selbst dem Vergessen preisgegeben, indem sie »heilig gesprochen« und »in Götzen verwandelt« wurden.

GERD MARKMANN

1 – W. I. Lenin: "Staat und Revolution", in: Werke, Band 25, Dietz Verlag Berlin 1960

2 – A. N. Jakowlew: "Die Abgründe meines Jahrhunderts", Faber und Faber Leipzig 2003

3 – F. Engels: Einleitung zu Karl Marx' "Der Bürgerkrieg in Frankreich" (Ausgabe 1891), in: Marx-Engels-Werke, Band 22, Dietz Verlag Berlin 1972

4 – W. I. Lenin: "An das ZK der SDAPR", Sept. 1917, Werke, Band 25, Dietz Verlag Berlin 1960

5 – F. Engels: Einleitung zu Karl Marx' "Der Bürgerkrieg in Frankreich" (Ausgabe 1891), in: Marx-Engels-Werke, Band 22, Dietz Verlag Berlin 1972

Kampf der illegalen Müllentsorgung

Auf dem Abfallsammelplatz Altenhofer Straße/Ecke Mühlenstraße in Finow wird seit einigen Jahren illegal Unrat entsorgt. Und so lange kämpfen bereits die Anwohner gegen dieses Problem.

Mittlerweile nehmen die Abfallmengen hier unerträgliche Ausmaße an. Beim Inhalt der Gelben Säcke handelt es sich nicht nur um Verpackungen, sondern zu einem nicht unerheblichen Teil um Garten- und Gemüseabfälle sowie um in Verwesung befindliche Essenreste (Knochen, Fleisch) von Grillfesten. Oft müssen die Anwohner hier über »Berge von Müllsäcken« steigen, um zu den Altpapier- und Altglascontainern zu gelangen. Bei warmer Witterung breitet sich ein unerträglicher Gestank aus. Die organischen Abfälle sind ein willkommenes Substrat für Fliegenschwärme und stellen ein gesundheitliches Risiko dar. Auch Ratten wurden dort schon mehrmals gesichtet. Erfreulicherweise wird der Unrat in gewissen Abständen zur endgültigen Entsorgung abtransportiert. Nicht hinzunehmen ist aber, daß letztendlich die Kommune für die Transport- und Entsorgungskosten des illegal abgeladenen Mülls aufkommen muß.

Bereits vor einem Jahr haben wir uns im Rahmen einer Sitzung des kreislichen Umweltausschusses (A5) an die zuständige Kreisbehörde sowie an die Gesellschaft für Abfallwirtschaft Barnim mbH (GAB) gewandt, in der Hoffnung, daß sie sich dem Müllproblem zügig annehmen werden. Im Ergebnis hat sich seitdem aber nichts getan. Nun wurden wir erneut aktiv und richteten einen Brief an den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski. Gleichzeitig setzten wir uns mit den lokalen Medien (Märkische Oderzeitung, Barnim-Blog) in Verbindung. Zudem wurde der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller über die Müllproblematik informiert.

Bei der zuständigen Unteren Abfallwirtschaftsbehörde des Landkreises Barnim nahm man sich Zeit für unsere Angelegenheit. Sachgebietsleiter Hoffmann erklärte, daß die Müll-

problematik dem Landkreis Barnim bekannt ist und diese sich nicht auf Örtlichkeiten in Finow beschränken würde. Im Rahmen eines gemeinsamen Modellprojektes mit der Gemeinde Ahrensfelde sollen nun die öffentlichen Müllstellplätze in der Kommune für einen befristeten Zeitraum durch Mitarbeiter permanent kontrolliert werden. Davon erhofft man sich Erfolg.

Mit dem Start eines solchen Modellprojektes muß sich der Landkreis sicherlich nicht den Vorwurf der Untätigkeit gefallen lassen. Dennoch kommen Zweifel auf, ob man mit dieser Vorgehensweise der illegalen Müllentsorgung dauerhaft Herr wird. So entstand im Gespräch für uns eher der Eindruck, daß die Kreisverwaltung der Müllproblematik relativ rat- und machtlos gegenüber steht. Unser Vorschlag, der Landkreis Barnim möge Verbotsschilder schwerpunktmäßig an den Abfallsammelstellen errichten, stieß bei der Behörde leider auf keine positive Resonanz. Nun wissen die Leute sicherlich sehr wohl, daß sie ihren Unrat dort nicht abladen dürfen. Nach unserer Einschätzung würde aber ein dementsprechendes Schild der Kreisbehörde größeren Eindruck hinterlassen und damit die Hemmschwelle für eine illegale Müllentsorgung höher setzen. Auch dies könnte in einem Modellversuch an Stellplätzen mal ausprobiert werden.

Zudem möchten wir der Barnimer Kreisverwaltung empfehlen, sich mit anderen Kreisen und Landkreisen, die das Problem der illegalen Müllentsorgung einigermaßen im Griff haben, auszutauschen und diesbezügliche Anregungen für eine konstruktive Strategie und dauerhafte Lösung einzuholen. Bekanntlich muß meistens das Rad nicht neu erfunden werden.

Wir bleiben jedenfalls an der Sache dran!

Dr. ANDREAS STEINER und OTTO BAAZ



»Hej, hej, jag heter Marie och jag är barnflicka i Sverige« – das war jetzt schon ein wenig Schwedisch zur Einführung und heißt auf Deutsch: »Ich heiße Marie und bin Au pair in Schweden!« Das bin ich nun schon seit 5 Wochen.

Am 30.07.07 berührten meine Füße endlich den langersehnten schwedischen Boden. Ich wurde am Flughafen sofort freundlich von meiner neuen Familie empfangen. Wie bei den meisten Familien, die ein Au pair benötigen, sind auch meine Gasteltern, Camilla und Tom, sehr viel unterwegs und verwirklichen sich in ihrer Arbeit. Camilla ist Designerin für Schwangerschafts-, Baby- und Kinderkleidung (www.proud.se) und Tom arbeitet in einer großen schwedischen Firma, in der kleinere Firmen aufgekauft, aufgebaut und wieder verkauft werden. Um die Kinder Anna (4) und Oscar (5) kümmere ich mich nun.

Wir wohnen in Saltsjöbaden, einem kleinen Villen-Dorf mit 7000 – 8000 Einwohnern, nur 20 km von Stockholm entfernt. Das Spektakulärste hier ist das »Grand Hotel«. Ansonsten hat der Ort nur ein kleines Einkaufszentrum, einen Sport- und einen Tennisplatz, eine Schwimmhalle und 2 Schwimmbäder. Sehr schön finde ich die günstige Lage zur Ostsee. Der Ort entstand ursprünglich als Ferienort für die gehobene Bevölkerung von Stockholm.

Ich bin nicht die Einzige, die sich nach dem Abitur entschieden hat erst mal »zu leben«, eine neue Sprache, Kultur, Sitten und Bräuche in einem unbekanntem Land kennen zu lernen. Viele sind in die USA, nach Australien, Neuseeland, Spanien usw. und das nicht nur als Au pair sondern auch mit »Work and Travel« und anderen Organisationen.

Viele werden wahrscheinlich denken, daß nach Schweden niemand geht und ich hier ganz alleine bin. Aber da täuscht man sich gewaltig, denn »fast alle« sind nach Schweden gekommen und vor allem nach Stockholm und Umgebung. Schon allein in Saltsjöbaden wohnen ca. 15 bis 20 Au pairs und hauptsächlich kommen die jungen Frauen aus Deutschland. Ich habe aber auch schon ein männliches kanadisches Au pair in meinem Schwedisch Sprachkurs kennen gelernt. Mehrheitlich haben wir gerade das Abitur hinter uns gebracht. Es gibt aber auch ein paar wenige, die schon eine Ausbildung gemacht haben. Einen

Ein Jahr in Schweden: Mein erster Monat – August

Jag heter Marie och jag är i Sverige

Marie Lange hat 2007 am Finower Gymnasium ihr Abitur gemacht. Vor dem Studium, so ihr lang gehegter Wunsch, will sie unser nördliches Nachbarland näher kennen lernen. Um dies zu realisieren, verpflichtete sie sich für ein Jahr als Au pair, eine moderne Form von Kindermädchen und Haushaltshilfe. In der »Barnimer Bürgerpost« wird sie in den nächsten Monaten über ihre schwedischen Erfahrungen berichten.

Sprachkurs besuche ich nun schon seit zwei Wochen. Er findet zweimal die Woche in Stockholm statt und geht jeweils 95 Minuten. Unser Kurs ist sehr international, denn außer mir sind noch drei weitere deutsche Au pairs, ein ukrainisches, ein nikaraguanisches, das kanadische Au pair sowie drei Thailänderinnen, eine junge Frau aus Ghana, ein Mann aus Gambia, ein Franzose und eine Frau aus Bolivien mit im Kurs. Soviel habe ich noch nie über fremde Kulturen erfahren.

Das Leben als Au pair ist im Vergleich zu meinen letzten Schuljahren die reinste Erholung. Wir dürfen höchstens 25 Stunden in der Woche arbeiten. In einer typischen Woche habe ich folgende Aufgaben.

Montag: Wäsche waschen und zusammenlegen und/oder putzen. Dienstag: Essen kochen, zum Sprachkurs nach Stockholm fahren, Kinder aus dem Kindergarten abholen, mit ihnen spielen und Abendbrot essen. Mittwoch: habe ich frei. Donnerstag: läuft ab, wie Dienstag. Freitag: sauber machen, putzen oder mit den Kindern spielen. Samstag: ein wenig mit den Kindern spielen. Sonntag: habe ich frei. Jeden Tag räume ich die Spülmaschine aus, räume die Kinderzimmer auf und bringe den Müll zur Mülltonne. Es ist klar, wenn man in einer Familie lebt, daß man dann schon ein wenig mehr macht. Ich denke aber, das ist normal. Das würde man ja zu Hause auch machen.

Ich habe also viel Freizeit und die verbringe ich meist mit Freunden in Stockholm oder in Saltsjöbaden am Wasser. Die Natur hier ist einfach umwerfend. Ich hatte das Glück bis jetzt viele, sonnige und warme Tage zu haben. Ich durfte also einen perfekten schwedischen Sommer erleben. In den letzten Tagen hat es sich aber schon immer mehr abgekühlt. Wir sind sehr gespannt, wie dann erst der Winter wird?!

Gemeinsam mit einer Freundin habe ich mir das Archipelago, die schwedischen Schären,

vom Schiff aus angesehen und auf einer kleinen Insel mittendrin ein Picknick gemacht.

Die vielen Inseln, die vor Stockholm liegen sind einfach wunderschön mit ihren großen und kleinen bunten Häuschen. Stockholm ist auch eine sehr sehenswerte Stadt. Am schönsten finde ich es, daß überall Wasser ist, denn die Stadt wurde auf mehreren Inseln erbaut. Sehr schön ist die Altstadt »Gamla Stan«, mit ihren vielen kleinen engen Gassen und dem königlichen Schloß. Die Königsfamilie ist aber mehr in ihrem Schloß Drottningholm, westlich von Stockholm, anzutreffen.

Mir gefällt es hier sehr gut und ich fühle mich wohl in meiner neuen Umgebung. Nicht immer ist alles ganz so einfach, wie ich es mir im Vorfeld gedacht hatte. Am schwersten ist es mit der Sprache. Ich habe in 5 Wochen zwar schon eine ganze Menge gelernt, mit Kindern geht das sehr schnell, aber es reicht bei weitem noch nicht aus, sich richtig zu unterhalten. Ich denke in zwei Monaten sieht das schon ganz anders aus. Es ist schwer Familie, Freunde und Verwandte einfach so zurückzulassen. Bei mir hatten wenigstens alle Jahre Zeit, um sich darauf einzustellen, denn ich hatte den Wunsch, in Schweden zu leben, schon sehr lange.

Zum Schluß noch eine schwedische Kuriosität: Man denkt ja, daß Schweden ein sehr umweltfreundliches Land ist. Wir mußten aber feststellen, daß das teilweise gar nicht der Fall ist. Denn in unserer Gegend wird sämtlicher Müll in eine Tonne geworfen. Papier, Pappe, Speisereste, Plaste und Kompost, alles kommt in einen Mülleimer. Aber es wurde uns versichert, es gibt auch andere Gegenden in Schweden, in denen der Müll akribisch getrennt wird.

So, ich gehe nun noch ein wenig den schwedischen Sommer genießen, denn der ist ja bald vorbei. Schöne Grüße aus dem Hohen Norden in den Barnim und dann bis in einem Monat.

Eure Marie, Hejdå

Vom 2. bis 4. August erhielt das Kinder- und Jugendparlament (KJP) Eberswalde Besuch von sieben Jugendlichen des Jugendrates Herlev. Herlev (Dänemark) ist Partnerstadt von Eberswalde. Einen Schwerpunkt möchte das neue Eberswalder KJP auf den Bereich der partnerschaftlichen Beziehungen setzen. Dazu diente dieser Besuch einem ersten Kennenlernen und einem Austausch der beiden Jugendgremien über die Jugendarbeit beider Städte.

Auf dem zweitägigen Programm standen ein Empfang im und eine Führung durch das Rathaus, ein Besuch der Paul-Wunderlich-Ausstellung, eine Führung durch die Stadtbibliothek

Jugendrat aus Herlev in Eberswalde

und durch die Maria-Magdalenen-Kirche und ein Besuch des Zoos und des Finower Wasserturms. Außerdem wollten die Dänen die international bekannt gewordene Privatzucht von »Deutschen Riesen« Kaninchen eines Eberswalder Bürgers sehen.

Bei einem gemütlichen Grillabend und Besuchen von Bars im Stadtzentrum konnten sich die jugendlichen beider Gremien näher kennenlernen und auch persönlich unterhalten. Insgesamt war es ein sehr gelungener Be-

such. Für die organisatorische und finanzielle Unterstützung bedankt sich das KJP ausdrücklich bei der Stadtverwaltung, insbesondere dem Amt für Bildung, Jugend und Sport sowie bei dem Stadtverordneten Dietmar Ortel.

Ein Gegenbesuch in Herlev ist für 2008 bereits angedacht und noch in diesem Jahr möchte das Jugendparlament aus der Partnerstadt Delmenhorst (Niedersachsen) Eberswalde besuchen.

MARTIN HOECK

Bürgerinitiative 9. November

Eberswalde (at). Zwanzig Bürgerinnen und Bürger aus Eberswalde, Bernau und weiteren Orten trafen sich auf Initiative des Sparkassendirektors Josef Keil am 22. August auf dem Eberswalder Marktplatz und gründeten die »Bürgerinitiative 9. November«. Ziel der Bürgerinitiative ist es, auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge einen Park der Erinnerung zu schaffen und damit eine würdige Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust zu errichten. Als Sprecherin der Initiative wurde neben dem Sprecher Josef



Keil die Leiterin des Kreisarchivs Brigitta Heine bestätigt. Die Bürgerinitiative stellt sich das Ziel, die Neugestaltung der Gedenkstätte bis zum 9. November 2008 zu realisieren.

Keine Zeit für »Nebensächliches«?

Seit Ende Januar diesen Jahres versuche ich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln von den in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen die Meinung der Bernauer Politik zur quasi abgeschafften Laubentsorgung einzuholen. Erinnern wir uns: Nachdem vor ca. 100 Jahren in Schönow unsere kommuneeigenen Straßenbäume gepflanzt wurden, übernahm die Kommune auch die Entsorgung des Laubes. Die Anlieger fegten das Laub zusammen, stopften es in Säcke, die Dorfverwaltung holte die Säcke ab. Einfach und gut. 100 Jahre lang. Dann kamen der Zwangszusammenschluß mit Bernau und Hubert Handke, der verbeamtete Bürgermeister. Er schaffte die Regelung im vorigen Jahr kurzerhand ab. Ein Container wurde in Dorfmitte abgestellt, die Bürger sollten »ihr« Laub dort hinfahren. Natürlich absolut richtig in Zeiten von Kohlendioxid und Klimaerwärmung, oder? Wie so viele Politiker in Brandenburg hatte der liebe Herr H. wieder nur seine Nasenspitze gesehen und das Problem beim Bürger abgelagert. Der durfte sich jetzt richtig kümmern. Viele ließen das Laub einfach liegen oder fuhren es irgendwann in den Wald oder ins Naturschutzgebiet. Danke an diesen Bür-

germeister, denn es liegt noch nicht genug Müll und Dreck herum! Auf meine Beschwerde – wir haben 5 ausgewachsene Linden vor dem Grundstück – teilte mir Herr H. mit, daß ich ja eine Firma beauftragen könne und hatte auch schon ausgerechnet, daß mich der Spaß – wie gesagt, für das Laub der stadteigenen Bäume – ca. 130 Euro kosten würde. Nicht nur ich empfand diese Antwort als Unverschämtheit.

Aber zurück zu den Politikern in der Bernauer StVV: Die Unabhängigen und die Linken haben gleich auf meinen ersten Brief geantwortet. Im März wurden die Freien, die CDU und SPD nochmal schriftlich und vor allem höflich gemahnt. Dann habe ich die Vorsitzende der StVV angerufen. Ich habe Leserbriefe an die Lokalpresse und eMails an die Fraktionschefs geschrieben. Nichts. Keine Antwort. Mein Einsatz führte nun am 11. August endlich zu einer Äußerung der Freien Fraktion. CDU und SPD schweigen eisern. Sind diese »Provinzstars« von SPD und CDU wirklich so wichtig, das sie keine Zeit für ein »nebensächliches« Problem haben oder sind sie einfach nur überfordert? In jedem Fall muß man sie wohl abwählen!

Dr. FRANK VALENTIN

Warum die »Oderblüte«, wo es doch den Euro gibt?

In den letzten Monaten haben sich viele Bausteine für eine funktionierende Regionalwährung zusammengefügt: ein mit Experten beratenes Konzept, Material für die Öffentlichkeitsarbeit, ein Online-Bezahlsystem und für Ende des Jahres auch die Gutscheine »Oderblüte«. Was noch fehlte, war eine rechtliche Struktur, die das ganze umfaßt. Diese Struktur haben nun fünf der unermüdlich für die Oderblüte arbeitenden Menschen geschaffen, indem sie am 27. August eine formale Gründung des »Wirtschaftsrings Barnim Uckermark« als Genossenschaft durchgeführt haben.

Diese juristische Person ist gebildet worden, um möglichst schnell viele Nutzer in das seit dem 1. August funktionierende System einbinden zu können. Der Wirtschaftsring Barnim Uckermark e.G. i.Gr. lädt alle Interessierten zu einer Infoveranstaltungen ein. Referenten sind unter anderem Dipl. Volkswirt und Vorstandsmitglied Matthias Karkuschke und Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Mitglied des Aufsichtsrates und Träger des Bundesverdienstkreuzes. Am 2. Oktober um 19 Uhr in Eberswalde in der alten Forstakademie, Schicklerstraße 3, Hörsaal 1.

HEIKE BECKER

Zeitzeugin im Gespräch

Am Donnerstag, den 20. September, ist Margalith Rawitz zu Gast in Eberswalde. Wir laden Sie zum Gespräch ab 18 Uhr ins Museum in der Adler-Apotheke (Nordflügel) ein.

Margalith Rawitz stammt aus der Slowakei, war in der jüdischen Jugendbewegung, und während des Zweiten Weltkrieges im Untergrund tätig. Sie wurde nach Ravensbrück verschleppt und überlebte den Todesmarsch.

Sie lebt heute in Israel und wollte lange Zeit nichts von Deutschland wissen, hören, lesen oder sehen. Freunde aus Deutschland haben ihr Bild verändert.

Margalith Rawitz ist begeisterte Yoga-Teilnehmerin und wurde in diesem Monat 87 Jahre jung/alt. Organisiert wird ihre einwöchige Reise durch Brandenburg vom Institut Neue Impulse e.V. (www.institut-neue-impulse.de) an der Fachhochschule Potsdam.

Die Veranstaltung kann auch dazu dienen, unser gemeinsames Vorhaben der Neugestaltung des Ortes der Synagoge von Eberswalde im Gespräch zu halten.

KAI JAHNS, Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit

Demo in Berlin

Bürgerrechtler rufen bundesweit zur Teilnahme an einer Demonstration

gegen die ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat

auf. Am Samstag, den 22. September 2007 werden besorgte Bürgerinnen und Bürger in Berlin unter dem Motto »Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!« auf die Straße gehen. Treffpunkt ist der Pariser Platz (Brandenburger Tor) um 14.30 Uhr.

Mehr Infos: www.freiheitstattangst.de

Bürgerstiftung Barnim Uckermark:

Auch kleine Summen nutzen

Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark ist mit einer neu gestalteten Webseite im Internet vertreten. Neben allgemeinen Informationen über die von Bürgern für Bürger gegründete Stiftung dürfte die Seite vor allem für Vereine aus der Region von Interesse sein. Die Stiftung unterstützt gemeinnützige Vorhaben von Vereinen, Schulen und Kindergärten. »Riesige Fördersummen sind von uns nicht zu erwarten, da wir bisher nur über ein bescheidenes Stiftungskapital verfügen«, dämpft André Koch, der Geschäftsführer der Stiftung, voreilige Erwartungen. »Im ehrenamtlichen Bereich bewirken aber auch kleinere Zuwendungen oft sehr viel.« Um die 250 Euro liegen die Fördersummen in der Regel. Gefördert werden insbesondere Initiativen von Kindern und Jugendlichen, generationenübergreifende Projekte, Demokratie- und Bildungsprojekte. Förderrichtlinien und Antragsformulare stehen für Interessierte auf der Webseite bereit (www.barnim-uckermark-stiftung.de) oder können telefonisch in der Geschäftsstelle in Eberswalde (03334/ 49 74 82) angefordert werden.



Frieden für Afghanistan!

Linksjugend [solid] Eberswalde mobilisiert zur Demonstration am 15. September

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg »Operation Enduring Freedom« und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlaß bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze - Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau - sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen »Krieg gegen den Terror« sollen die Einfluß-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen - und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die - seit Anbeginn betriebene - deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deut-

scher Soldaten, in Kauf. An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

»KAPITAL BRAUCHT KRIEG
UND KRIEG BRAUCHT KAPITAL!«

BERTOLT BRECHT

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die kriegführenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit freiwerdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, insbesondere die Barnimer Abgeordneten unter anderem Markus Meckel und Petra Bierwirth auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

Wir werden am 15.9. in Berlin für den Frieden in Afghanistan auf die Straße gehen.

SEBASTIAN WALTER

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Kleinteich, Markmann, Triller (4), Steiner

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 8. September 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6.10.2007, 12 Uhr.